

ZUKUNFT 12

2009

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Warum Studentenproteste etwas
mit Wohnbau zu tun haben

Karl Wurm

Sozialstaat – wer zahlt?
Und wer profitiert?

Markus Marterbauer

Die strukturellen
Ursachen der Krise

Simon Sturn, Till van Treeck und Klara Zwickl

CARMEN BRUCIC

*»Nicht wie ich will,
sondern wie du willst«*

Kindergarten macht schlau – und wie!



Gebe ich mein Kind in den Kindergarten, warum eigentlich und in welchen? Wann ist der beste Zeitpunkt? Was erwartet mein Kind im Kindergarten? Welche Rolle spiele ich als Elternteil? Welche Kriterien sind zu beachten?

Internationale Vergleiche mit Nachbarländern und Schweden, wissenschaftlich fundierte Analysen über die ersten Lebensjahre des Kindes, Interviews und Erfahrungsberichte mit und von Müttern, Vätern und KindergartenpädagogInnen - sie alle beweisen: Der Kindergarten hilft Kindern und Eltern! Er macht fit und erwachsen und sozial. Damit Kindergärten das tun können, müssen gute Kindergärten hohe Qualitätsstandards erfüllen. Auch darüber kann sich frau oder man hier schlau machen. Ganz nebenbei erfährt man auch vieles über einen der wichtigsten Berufe überhaupt, nämlich den der Kindergartenpädagogin. Dieses hübsch gestaltete Kindergartenbuch steht allen mit Rat zur Seite, die für ihr Kind nur das Beste wollen. Und wer will das nicht!? Und es beweist: Gute Kinderbetreuung ist eine der besten Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft!



Patrice Fuchs (Hg.):
**Warum Kindergärten
Kindern gut tun**
Beiträge von Eltern und ExpertInnen
edition rot, Wien 2009
184 Seiten, 19,90 Euro

Bestellen Sie jetzt:

Im gut sortierten Fachhandel oder
Buchhandlung Löwelstraße,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel.: 1 53 427-323 oder 343
Fax: 1 53 427-324

Editorial

Die aktuelle Hochschuldebatte nimmt **Karl Wurm** zum Anlass, über den Zusammenhang von **Finanzkrise, Studentenproteste und sozialen Wohnbau** nachzudenken. **Caspar Einem** stellt in seiner monatlichen Rubrik »**Fragen über Fragen**« Überlegungen über eine neue Leistung im Bereich des Bildungssystems an: ein Bildungskonto für alle Jugendlichen.

Der **Schwerpunkt** dieses Heftes wird vom – in diesem Jahr zum zweiten Mal veranstalteten – Kongress **MOMENTUM09-Freiheit** geprägt. Rund 200 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Interessensvertretungen und Politik entwickelten und diskutierten vier Tage lang progressive Analysen und Konzepte, die eine Alternative zum Neoliberalismus darstellen und die auch für Sozialdemokratie und Gewerkschaft nutzbar sein sollten. In diesem Heft dokumentieren wir drei Beiträge junger TeilnehmerInnen. Nähere Informationen zum Kongress und viele weitere interessante Papers finden sich auf www.momentum09.org.

Klara Zwickl, Simon Sturn und Till van Treeck geben sich in ihrem Beitrag mit konventionellen, auf die Finanzspekulation fokussierenden, Erklärungsmodellen für die aktuelle Wirtschaftskrise nicht zufrieden. Sie erkennen die tiefer liegende **Ursache der Wirtschaftskrise** in der zunehmenden **Ungleichverteilung der Einkommen**.

Einen Beitrag zum Thema **Integration** liefern **Elisabeth Felbermair und Senad Lacevic**, die sich mit der Bedeutung von **Bildung** für MigrantInnen auseinandersetzen. Dabei betonen sie die Wichtigkeit, diesen Aspekt über den Spracherwerb hinaus zu beachten.

Manuela Hiesmair und Martin Gruber wiederum setzen sich mit **Mindestlohnmodellen in Österreich**, ihren Defiziten und Lösungsvorschlägen dafür auseinander.

In Fortsetzung der im Novemberheft begonnenen Diskussion rund um Österreichs Universitäten bringt **Thomas Schmi-**

dinger, Präsident der IG externe LektorInnen, in dieser Ausgabe einen weiteren Aspekt in die Debatte ein: **Die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen** im tertiären Bildungssektor.

Der Zustand und die Perspektiven der Sozialdemokratie in Österreich und Europa ist für viele unserer Leserinnen und Leser ein bewegendes Thema. Aufgrund der zahlreichen Zusendungen zu diesem Thema haben wir uns zur Einrichtung einer Rubrik entschlossen, in deren Rahmen wir in diesem und in den nächsten Heften Textbeiträge von Leserinnen und Lesern, aber auch von externen Autorinnen und Autoren präsentieren. In diesem Heft stellt **Bernhard Bauer** dar, wie eine **SPÖ mit Zukunft** aussehen muss.

Auch der zweite Teil der Reportage von **Friedrich Graf-Götz**, die eine zweimonatige Reise durch **Brasilien und das Amazonas-Gebiet** dokumentiert, bereichert diese Ausgabe.

Nach den **Buchtipps** rundet das ökonomische Schlusswort von **Markus Marterbauer** das Dezember-Heft ab. Die ZUKUNFT gibt es ab sofort aber auch im Netz. Unter www.diezukunft.at gibt es nicht nur ausgewählte aktuelle Beiträge und die Inhalte früherer Hefte, sondern auch eine Abo- und Bestellmöglichkeit für die Print-Ausgabe. Die bietet nämlich 11-mal jährlich spannende Debatten und ist immer einen Schritt voraus.

Wir freuen uns in dieser Ausgabe, Fotografien der Tiroler Künstlerin **Carmen Brucic** vorstellen zu können. Die in Mexiko entstandene Arbeit »**Nicht wie ich will, sondern wie du willst**« ist ein eigenwilliger Blick auf die sakrale Barockwelt Mexikos.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen und Schauen und ein gutes neues Jahr!





www.samariterbund.net

Rettungsdienst • Krankentransporte • Ambulanzdienst • Schulungen • Wasserrettung • Heimnotruf
• Essen auf Rädern • Hauskrankenpflege • Pflegeeinrichtungen • Wohnungslosenhilfe •
Flüchtlingsbetreuung • Wohlfahrtsstiftung • Entwicklungszusammenarbeit • Katastrophenhilfsdienst



Inhalt

- 6 **Warum Studentenproteste etwas mit Wohnbau zu tun haben**
Von Karl Wurm
- 9 **Fragen über Fragen**
Von Caspar Einem
- 10 **CARMEN BRUCIC** *Nicht wie ich will, sondern wie du willst.*
- 12 **Die strukturellen Ursachen der Krise**
Von Simon Sturn, Till van Treeck und Klara Zwickl
- 17 **CARMEN BRUCIC** *Nicht wie ich will, sondern wie du willst.*
- 18 **Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Partizipation?**
Von Elisabeth Felbermair und Senad Lacevic
- 24 **Mindestentgeltregelungen in Österreich**
Von Manuela Hiesmair und Martin Gruber
- 27 **CARMEN BRUCIC** *Nicht wie ich will, sondern wie du willst.*
- 28 **Prekarisierte Wissenschaft**
Von Thomas Schmidinger
- 34 **Strukturelle Defizite in der Sozialdemokratie**
Von Bernhard Bauer
- 38 **CARMEN BRUCIC** *Nicht wie ich will, sondern wie du willst.*
- 40 **Gibt es noch Hoffnung für Amazonien?**
Von Friedrich Graf-Götz
- 46 **CARMEN BRUCIC** *Nicht wie ich will, sondern wie du willst.*
- 48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Sozialstaat – wer zahlt? Und wer profitiert?**
SCHLUSSWORT von Markus Marterbauer

Warum Studentenproteste etwas mit Wohnbau zu tun haben

SOZIALER WOHNBAU Was haben Finanzkrise, Studentenproteste und Wohnbau miteinander zu tun? In den Augen von Karl Wurm vor allem eines: Mangelnden Gestaltungswillen der Politik, die lieber passiv Missstände verwaltet, als sie aktiv zu lösen.

Nach den letzten Umfragen ist die Zufriedenheit der Bürger mit der Politik und vor allem mit den Politikern auf einen neuen Tiefpunkt gesunken. Die Menschen haben zunehmend das Gefühl, dass die Politik immer weniger für sie da ist und immer mehr für jene »die es sich richten können«. Eine Hauptursache für diesen Befund, die allerdings von der Politik in ihrer Dimension viel zu wenig beachtet wird, liegt in den Folgen der Finanzkrise. In den Oktober- und Novembertagen des Jahres 2008, in denen das Finanzsystem kurz vor dem Kollaps stand, war es unumgänglich, die Banken abzusichern, ihnen Kapital zur Verfügung zu stellen. Die Politik hat da dankenswerterweise rasch und richtig reagiert, Milliarden wurden zur Verfügung gestellt. Zu viele hatten damals erstmals in ihrem Leben große Angst um ihre Ersparnisse.

Die Art und Weise aber, wie dieses Geld zur Verfügung gestellt wurde, fand nicht nur Zustimmung. Manche hätten sich stärkere Auflagen und Kontrollen erwartet, zumal die Rettung durch Steuergeld aller Bürger erfolgte. Dennoch war die Zustimmung zur Bankenrettung wegen deren Bedeutung für unser Wirtschaftsleben und nicht zuletzt auch wegen einer möglichen persönlichen Betroffenheit bei vielen Bürgern sehr hoch.

In der Folge geschah jedoch so einiges, das die vorhandene Akzeptanz schwinden ließ und den Glauben an die Politik und die politischen Parteien schwächte. Dass davon jene Parteien weniger betroffen waren, die man gemeinhin ohnedies als Vertreter der Wirtschaft wahrnimmt, scheint logisch.

BANKENCHEFS OHNE REUE

Da sind zum einen manche Bankenchefs, die Steuergelder zur Eigenkapitalstärkung gerne annahmen, aber Kontrollen und

Regeln als ungeziemende staatliche Einmischung ansehen, die so weitermachen, wie vor der Krise und dies einer erstaunten Öffentlichkeit mehr oder weniger klar auch so vermitteln und noch dazu auf eine Art, die manchem angesichts der Ereignisse als zu selbstbewusst erscheint. Dazu kommt, dass viele Bürger spüren, wie schwer es geworden ist, Geld zu erträglichen Konditionen zu bekommen. Beschäftigte in Klein- und Mittelbetrieben verspüren täglich die Finanzierungssorgen ihrer Chefs und denken dabei an ihren eigenen Arbeitsplatz.

Allgegenwärtig sind dann vielen die Meldungen in den Medien über Zentralbanken, die tausende Milliarden von Euro als Liquiditätsstützung den Banken zur Verfügung stellten, die aber in den besagten Betrieben nicht anzukommen schienen. Da viele Bürger mit Begriffen wie Liquiditätskosten, Risikokosten oder Fristenkonformität nichts anfangen können, verstehen sie auch die Argumente der Bankmanager nicht, die zu erklären versuchen, warum dann, wenn Kredite endlich gegeben werden, diese trotz niedrigster Leitzinsen durch enorme Aufschläge wieder verteuert werden. Vielerorts setzte sich die Meinung fest, die Politik hätte anders verhandeln müssen, hätte mehr Vorgaben geben müssen als Gegenleistung fürs Geld der Steuerzahler.

Als Folge der Krise mussten zudem viele Menschen feststellen, dass die Versprechungen eines ehemaligen Finanzministers von zusätzlich abgesicherten Pensionen durch Pensionskassen wertlos waren. Plötzlich sind sie mit Pensionseinbußen bis zu einem Drittel konfrontiert. »Auf jedem Sparbuch wäre das Kapital sicherer angelegt gewesen und hätte mehr Ertrag gebracht« – so die nicht ganz falsche Argumentation der Betroffenen. Die Mehrheit wusste ja nicht, dass der eigentliche Sinn und Zweck darin lag, zusätzliche Liquidität für den Aktienmarkt zur Verfügung zu stellen. Die Versprechungen wurden

ernst genommen, die Ergebnisse verbittern. Und der Bürger hat wiederum das Gefühl »übrig geblieben« zu sein.

Politiker betonen oft und gerne, wie wichtig Forschung und Entwicklung und (Aus)Bildung für das Fortkommen unseres Landes sind. Internationale Vergleiche bescheinigen uns eine viel zu geringe Akademikerquote und fast jeder Politiker will dieses Missverhältnis verbessern – geht es doch um das zukünftige Wohl unseres Landes, so wird argumentiert. Gerade vor Wahlen werden in zahllosen Reden zukünftige Bildungsschwerpunkte genannt, wie höhere Akademikerquote, bessere Bedingungen an den Universitäten, mehr Geld für Forschung und Entwicklung. Man bekommt den Eindruck die Politik will den Missstand jetzt wirklich beheben – rasch und aktiv. So geschehen auch vor der letzten Nationalratswahl.

BILDUNGSPOLITISCHE MISERE

Wie die Realität aussieht davon können sich aufmerksame Beobachter der aktuellen Entwicklung derzeit überzeugen: Studenten, denen man dies nie zugetraut hätte, weil sie ja angeblich so apolitisch sind, gehen plötzlich auf die Barrikaden und besetzen Hörsäle – weil's ihnen reicht. Die meisten wollen ja studieren – möglichst gut und möglichst schnell. Sie fordern nur Bedingungen an den Universitäten, die das auch zulassen.

Wie reagiert die Politik? Erstens ist man vorerst einmal irritiert, weil sich die Besetzer parteipolitisch nicht zuordnen lassen, abseits der Hochschülerschaft agieren und damit in den Augen mancher gar nicht legitimiert sind, das zu tun, was sie tun. Auf gut österreichisch: »Da könnt ja jeder kommen...« Zweitens hofft man, dass sich das bald erledigt, weil die Besetzer ja ohnedies irgendwann müde werden müssen. Und drittens wird mehr Geld versprochen, ganze 34 Mio. Euro, die man interessanterweise vom Budget für Forschung und Entwicklung abzwackt. Die Politik reagiert also nicht, wie vor den Wahlen versprochen, aktiv, offensiv nach vorne gerichtet. Sie agiert passiv, defensiv, den Notstand bestmöglich verwaltend. »Wir haben an Österreichs Universitäten nicht zu viele

Studenten, sondern zu wenig Professoren, zu kleine Hörsäle und eine zu schlechte technische Ausstattung« schreiben die Salzburger Nachrichten zu Recht. Wir geben pro Jahr nur etwas mehr als die Hälfte von dem aus, was in Europa Ziel ist. Und die Bürger spüren, dass da etwas nicht stimmt.

Manche Politiker registrieren dennoch verwundert, wie groß die Sympathien in der Bevölkerung für die Studenten sind. In jener Bevölkerung, die einerseits noch die Wahlreden im Ohr hat – von wegen Bildung als Megachance für Österreich – und die andererseits auch das Bankenrettungspaket noch nicht vergessen hat.

Und immer mehr Österreicher verstehen nicht, warum für eine bessere Ausbildung unserer Kinder, für die geistige Infrastruktur unseres Landes kein Geld da sein soll, wo doch den Banken sofort mit Milliarden geholfen wurde. Und wieder sinkt das Vertrauen in die Politik und deren Repräsentanten. Viele Menschen haben Sehnsucht nach einer Politikergeneration die endlich aktiv gestaltet und nicht nur passiv verwaltet, die agiert um gesetzte Ziele zu erreichen und nicht nur reagiert um noch größeres Übel zu verhindern.

LICHTBLICK SOZIALER WOHNBAU?

Auf den ersten Blick ganz und gar positiv stellt sich die Situation des sozialen Wohnbaus und der Wohnbauförderung dar. Ausländische Delegationen besuchen gerne unsere Städte, unser System wird aufmerksam studiert und die Resultate bewundert. Preisgekrönte Wohnbauprojekte zieren zahlreich die Hochglanzseiten von Architekturbrochüren. Ein Land ist stolz auf den sozialen Wohnbau und mit ihm die politisch Verantwortlichen.

Bei näherer Betrachtung und ein paar Blicken in die Zukunft wird das Bild etwas trüber. Der Bund hat sich endgültig aus der Wohnbauförderung zurückgezogen, nachdem er 1996 den Gesamtzuschuss »eingefroren« hatte und beschränkt sich nunmehr auf die Vorgabe von Klimazielen. Der eingefrorene Zweckzuschuss von 1996 ist 2008 um 25% weniger wert. Aus

noch halbwegs zweckgewidmeten Wohnbauförderungsmitteln wurden im Finanzausgleich 2008 nicht mehr zweckgebundene Bedarfszuweisungen. Die für die Finanzierung nun allein verantwortlichen Bundesländer verhökern immer öfter auf Kosten der Zukunft die Rückflüsse kommender Förderungsjahrgänge um aktuelle Budgetlöcher zu stopfen.

Österreich hat bald weltweit die höchsten Anforderungen an Wärmeschutzstandards im Gebäudesektor, an Schall- und Brandschutz von Bauteilen. Qualitätsanforderungen an den sozialen Wohnbau, die es bei freifinanzierten Projekten nirgends gibt, werden durch Gestaltungsbeiräte und Qualitätsjurien jährlich weiter gesteigert, die Förderungsmittel aber kontinuierlich zurückgeschraubt. Das Erfordernis an Wohnbeihilfe für bereits gebaute Wohnungen steigt mangels ausreichender Realeinkommenssteigerungen ständig an, das Fördergeld für neue halbwegs leistbare Wohnungen wird immer weniger. Die Grundstückspreise haben sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht und steigen trotz Krise vor allem in den Städten weiter. Die Baukosten sind im selben Zeitraum um fünfzig Prozent gestiegen, die pro Wohnung vergebenen Förderungsmittel real gesunken.

Die Budgetnöte mancher Bundesländer engen jetzt schon den Spielraum beträchtlich ein und das noch ohne Berücksichtigung zukünftig notwendiger Sparpakete zum Defizitabbau im Bundshaushalt. Einkommensstarke kaufen zur Vermögensabsicherung in großer Zahl freifinanzierten Wohnraum, Einkommensschwache und große Teile des oft zitierten Mittelstandes klagen immer häufiger, wie schwierig es für sie sei, leistbaren Wohnraum zu finden. Die ständig weiter auseinanderklaffende Einkommensschere bildet sich gerade am Immobilienmarkt voll ab.

Sind wir nicht langsam, aber doch sehr zielstrebig dabei, kräftig über unseren Verhältnissen zu leben bzw. über den Verhältnissen derer, die damit leben müssten? Sind nicht so manche Lösungsvorschläge der Politik aus defizitgebeutelten

Bundesländern erste Anzeichen des nur mehr passiven Verwaltungens eines Mangels? Sind wir nicht auch im Wohnbau schon in einer Situation, in der wir die Zukunft in immer geringerem Ausmaß aktiv gestalten können und wollen? Wie sonst ist es zu erklären, dass überhaupt keine Anstrengungen getroffen werden, die Normen im geförderten Wohnbau auf jenes Maß zurückzuführen, das auch im freifinanzierten Wohnbau tagtäglich ausreicht! Wie sonst ist es zu erklären, dass angesichts der Kenntnis über das »Ausrinnen« der Wohnbauförderung trotzdem nichts getan wird, um etwa die Wohnbaubanken als teilweisen Finanzierungersatz zu stärken und attraktiver zu machen!

ENDGÜLTIG VERSPIELT?

Wie sonst ist es zu erklären, dass trotz »Ausrinnens« der Wohnbauförderung das Eigenkapital und damit die Eigenfinanzierungskomponente der Wohnbauträger immer wieder als etwas Suspektes dargestellt werden darf! Wie sonst ist es zu erklären, dass nach den Ereignissen um die Buwog noch immer keine adäquaten gesetzlichen Maßnahmen zur endgültigen Bindung von gemeinnützigem Eigenkapital getroffen wurden!

Wenn wir es zulassen, dass auch im Wohnbau – so wie auf den Universitäten – die Probleme nur mehr defensiv gelöst werden, dann haben wir unser System des sozialen Wohnbaus, auf das wir noch zu Recht stolz sind, endgültig verspielt. Und früher oder später werden auch die ausländischen Delegationen ausbleiben. Und die Menschen, die brav jeden Monat ihren Wohnbauförderungsbeitrag bezahlen, werden abermals das Gefühl haben, »übrig geblieben« zu sein. Und mehr früher als später wird die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Politikern noch weiter in den Keller rasseln – und dies, obwohl die Studenten dann hoffentlich schon bessere Bedingungen vorfinden werden ...

KARL WURM

ist Obmann des Verbandes
Gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV).

Fragen über Fragen


KOMMENTAR Was spricht eigentlich gegen eine Bildungsbeihilfe für Lernende?

Bei den jüngsten Studentenprotesten in Österreich ging es natürlich nicht primär um die Tatsache des starken Zustroms – vor allem – deutscher Studierender, sondern darum, dass in manchen Bereichen die Infrastruktur der hohen Schulen aus allen Nähten kracht und die Betreuungsverhältnisse vielfach beklagenswert sind. Hinzu kommt, dass mitunter auch die innere Organisation der Universitäten und ihres Studienangebots keinerlei Rücksicht auf studentische Lebenszeit bzw. Überschneidungen nimmt.

Das Letztere müsste im Grunde im Zeitalter der vollständigen IT-Vernetzung mit einigem guten Willen vermeidbar sein. Darüber hinaus aber geht es um Geld, um viel Geld und sollte es nicht darum gehen, Studienwillige auszugrauseln. Daher bin ich weder für knock out-Prüfungen noch für Studienplatzbewirtschaftung, noch für prohibitive Studiengebühren. Im Gegenteil. Muss es nicht darum gehen, das Begabungspotential möglichst vollständig auszuschöpfen? Das aber bedeutet, keine Türen zuzumachen oder Schwellen einzuziehen, sondern Schwellen abzutragen und Chancen zu eröffnen.

Ohne Anspruch auf einen Vorschlag, der alles löst, die Frage: Was spricht eigentlich gegen eine Bildungsbeihilfe für Lernende? Man könnte etwa an einen Anspruch denken, der ab vollendeter Schulpflicht bestehen könnte und Bildungsan eignung subventioniert und zwar sowohl für weiterführende Schulen, Fachhochschulen und Universitäten, als auch für Berufsausbildungen, die Geld kosten – Werkmeisterkurse, Meisterprüfung usw. Man könnte sich ein Konto – ja vielleicht hier ein Transferkonto – vorstellen, das einen zu definierenden Betrag als Guthaben aufweist, der für Bildungszwecke zur Verfügung steht. Wo der Besuch der Bildungseinrichtung gebührenfrei ist, weil es sich um öffentliche Schulen handelt, sollten diese aus dem Bildungskonto ab der Oberstufe einen fixen Zuschuss erhalten.

Wo Studiengebühren oder Studienmaterialien einen Beitrag verlangen, kann dieser über die Bildungsbeihilfe ganz oder teilweise abgedeckt werden. Und jene, die heute leer ausgehen – warum eigentlich? – und ab ihrem 15. Lebensjahr zwar auch Geld verdienen, aber zusätzliche Ausbildungen selbst finanzieren müssen, die kämen auch in den Genuss. Sie hätten sogar ein relativ großes Guthaben, weil sie ihre Ausbildung zunächst nicht oder nur teilweise an öffentlichen Schulen konsumiert haben. Das kommt einer Einladung zum lebenslangen Lernen gleich. Wäre das nicht schon deshalb sinnvoll? Im Übrigen sollte es keine Altersgrenze, aber eben einen Betrag geben, der ausgenützt, aber nicht weiter erhöht werden kann.

Unter diesen Bedingungen könnten sogar Studiengebühren vertreten werden, die dann auch einen Lenkungseffekt hätten, der zwar Ausländer, soweit sie nicht förderungswürdig sind (z. B. Studierende aus besonders armen Ländern usw.) teilweise abhalten könnte, aber keinen sozialen knock out-Effekt hätte. Lohnte es sich nicht über einen derartigen Ansatz – als Ersatz der Familienbeihilfe – nachzudenken? 

CASPAR EINEM

ist Chefredakteur der ZUKUNFT.



CARMEN BRUCIC

*»Nicht wie ich will,
sondern wie du willst«*

Carmen Brucic ist eine fachübergreifend arbeitende Künstlerin. Ihre Arbeit dreht sich um Liebe und Zerbrechlichkeit. Die BetrachterInnen werden von der Intimität der Werke und deren konfessionellen Qualität verführt. (Erik Castillo)

In der hier in Teilen gezeigten Arbeit reflektiert die Künstlerin ihre Herkunft. Carmen Brucic stammt aus einem Bergdorf in Tirol, und ihre Bilder stehen der Gleichniswelt des Barock und des Katholizismus auch allgemein sehr nahe. Man sollte diese Gleichnisse, so weit sie in ihrem Werk vorkommen, jedoch nie buchstäblich oder normativ auffassen, denn die Fotografie von Carmen Brucic illustriert keine bestimmte religiöse Bindung, sondern offenbart nur das Umfeld, in dem sich das Bewusstsein der Künstlerin ausgebildet hat.

Sie fotografierte diese Serie, die sich aus insgesamt 42 Bildern zusammensetzt, im Sommer 2009 in verschiedenen Kirchen und Kapellen in Mexiko, wo die Künstlerin auch immer wieder lebt und arbeitet.

Derzeit werden die Arbeiten der Künstlerin von der Galerie Hilario Galguera in Leipzig in der Baumwollspinnerei gezeigt, die Ausstellung »Ode« läuft noch bis 10. Jänner 2009.

Im Frühjahr 2010 wird »Nicht wie ich will, sondern wie du willst« in der mexikanischen Botschaft in Berlin ausgestellt.

Mehr Information unter: www.galeriahilariogalguera.com und leipzig@galeriahilariogalguera.com

Den Titel »Nicht wie ich will, sondern wie du willst« wählte sie aus dem berühmten Matthäuszitat (26:39), wo Jesus im Garten Getsemani seine Menschlichkeit an Gott zurückgibt:

»Und er ging ein Stück weiter, warf sich zu Boden und betete: Mein Vater, wenn es möglich ist, gehe dieser Kelch an mir vorüber. Aber nicht wie ich will, sondern wie du willst.«

Bilder: Copyright Carmen Brucic / Courtesy of Galeria Hilario Galguera

Die strukturellen Ursachen der Krise

SCHWERPUNKT Herkömmliche Erklärungsmodelle der Krise setzen bei der außer Rand und Band geratenen Spekulation in der Finanzwelt an. In ihrem Beitrag für den Kongress Momentum09-Freiheit arbeiten Simon Sturn, Till van Treeck und Klara Zwickl heraus, warum das nur ein Teil der Wahrheit ist. Die tiefere Ursache sei in der ungleicher werdenden Einkommensverteilung zu finden.

In der öffentlichen Debatte werden vor allem falsch regulierte Finanzmärkte und individuelles Fehlverhalten für die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise verantwortlich gemacht. Solche Erklärungen greifen aber zu kurz. Denn als wichtige strukturelle Voraussetzung dieser Krise wird von ÖkonomInnen zunehmend die seit den 1980er Jahren in den meisten OECD-Ländern gestiegene ökonomische Ungleichheit erkannt. Die zunehmende Einkommenspolarisierung ist nicht allein Resultat der Globalisierung und des technischen Wandels, sondern auch Produkt der neoliberalen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten.

Nicht nur die Finanzmärkte, sondern auch die Arbeitsmärkte wurden in dieser Zeit dereguliert. Dies schwächte die Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen und beförderte die Zunahme der Einkommensungleichheit. Die Regulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte und eine egalitäre Verteilung der Einkommen sind Voraussetzungen für die künftige Stabilität der globalen Wirtschaft.

1. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Zunahme der Einkommensungleichheit

Als Reaktion auf die ausufernden Verteilungskämpfe und die Stagflation kam es Ende der 1970er Jahre zu einem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Das über drei Dekaden erfolgreiche ökonomische Nachkriegsmodell – geprägt durch den Ausbau des Sozialstaats, produktivitätsorientierte Lohnpolitik und keynesianische Nachfragesteuerung – wurde ab Ende der 1970er Jahre von einem neoliberalen Wachstumsmodell – geprägt durch deregulierte Finanz- und Arbeitsmärkte und einen Rückbau des Sozialstaats – abgelöst (vgl. Armstrong et al. 1991, Duménil/Levy 2001, Krugman 2008).

Eines der zentralen Ziele der zunehmend am Monetarismus orientierten Wirtschaftspolitik war die Reduktion der ab Mitte der 1970er Jahre stark steigenden Inflation. Die Kombination aus Vollbeschäftigung, starken Gewerkschaften, mehreren Ölpreisschocks und sinkendem Produktivitätswachstum führte zu Lohn-Preis-Spiralen, da die von den ArbeitnehmerInnen verhandelten Nominallohnerhöhungen von den UnternehmerInnen zunehmend über steigende Preise weitergereicht wurden. Diese Inflationsspiralen sollte durch die Schwächung der Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen gebrochen werden. Eine zentrale Rolle dabei spielten die Zentralbanken, deren restriktiver Kurs ab Ende der 1970er Jahre zu deutlich steigenden Realzinsen führte.

Die restriktive Geldpolitik Anfang der 1980er Jahre ging mit Rezessionen in den meisten OECD-Ländern einher. Die Arbeitslosigkeit erreichte Mitte der 1980er Jahre über Jahrzehnte nicht gekannte Werte. Dies schwächte die Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen nachhaltig und führte zu niedrigeren Inflationsraten und sinkenden Lohnquoten (vgl. Ball 1999, Glyn 2006, Palley 1997, Smithin 1996, Schulmeister 1998). Verstärkt wurde dieser Prozess durch die gestiegene Kapitalmobilität und Shareholder-Value-Orientierung der Unternehmen, welche für zusätzlichen Druck auf die Löhne (und die Wirtschafts- und Sozialpolitik) sorgten (vgl. Palley 2009, van Treeck et al. 2007).

Die mit den Rezessionen Anfang der 1980er und 1990er Jahren insbesondere in einigen europäischen Ländern stark und dauerhaft gestiegene Arbeitslosigkeit wurde als Resultat überregulierter Arbeitsmärkte gedeutet. Gemäß der monetaristischen (bzw. neu-keynesianischen) Vorstellung nähert sich

die Arbeitslosigkeit in der langen Frist ihrer allein angebotsseitig bestimmten »natürlichen« (bzw. inflationsstabilen) Arbeitslosenrate an. Antizyklische Geld- und Fiskalpolitik haben dieser Konzeption zufolge keinen langfristigen Einfluss auf die Arbeitslosigkeit, ebenso wenig wie andere Komponenten der aggregierten Nachfrage. Um die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu bekämpfen, müssen demnach die Effektivität des Arbeitsmarktes gesteigert und staatliche bzw. gewerkschaftliche Eingriffe minimiert werden (vgl. Friedman 1977, OECD 1994, Nickell et al. 2005). Der Internationale Währungsfonds fasst diese immer noch dominante Sicht des Arbeitsmarkts wie folgt zusammen:

»Ein großer Kreis von BeraterInnen und internationalen Organisationen – unter anderem die Europäische Kommission, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Internationale Währungsfonds (IWF) – argumentierten, dass Arbeitsmarktinstitutionen für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Folglich wurden Länder mit hoher Arbeitslosigkeit wiederholt gemahnt, umfassende strukturelle Reformen durchzuführen, um Arbeitsmarkttrigiditäten, wie großzügige Arbeitslosenversicherungen, stark ausgebaute Kündigungsschutzbestimmungen mit hohen Entlassungskosten, hohe Mindestlöhne, und wettbewerbsbehindernde Lohnverhandlungsmechanismen zu reduzieren und gravierende Verzerrungen durch das Steuersystem abzuschaffen.« (IMF 2003: 129, eigene Übersetzung)

Diese Sichtweise des Arbeitsmarkts ist freilich theoretisch und empirisch umstritten (vgl. z.B. Akerlof 2007, Baker et al. 2005, Baccaro/Rei 2007, Solow 2000). Beispielsweise argumentieren viele keynesianisch inspirierte ÖkonomInnen, dass insbesondere die kräftige Desinflationsphase zu Beginn der 1980er Jahre und die restriktive Zentralbankpolitik verantwortlich für den starken und dauerhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit war (vgl. bspw. Ball 1999, Epstein/Schor 1991, Fitoussi et al. 2000, Smithin 1996). Des Weiteren ist offensichtlich, dass sich unter jenen Ländern mit besonders geringer Ar-

LITERATUR:

Akerlof, George (2007): The Missing Motivation in Macroeconomics. *American Economic Review*, 97/1: 5-36 | **Armstrong, Philip/Glyn, Andrew/Harrison, John** (1991): *Capitalism since 1945*. Basil Blackwell, Oxford | **Baccaro, Lucio/Rei, Diego** (2007): Institutional Determinants of Unemployment in OECD Countries: Does the deregulatory view hold water? *International Organization*, 61: 527-569 | **Baker, Dean/Glyn, Andrew/Howell, David/Schmitt, John** (2005): *Labor Market Institutions and Unemployment: Assessment of the Cross-Country Evidence*. | **Howell, David (Hg.):** *Fighting Unemployment: The Limits of free Market Orthodoxy*. Oxford University Press | **Ball, Laurence** (1999): *Aggregate Demand and Long-Run Unemployment*. *Brookings Papers on Economic Activity*, 2: 189-251 | **Bernanke, Ben** (2005): *The Global Savings Glut and the U.S. Current Account Deficit* | <http://www.federalreserve.gov/boarddocs/speeches/2005/200503102/05-05-2009> | **Chaloupek, Günther** (2009): *Krise und Lohnpolitik*. *Arbeit&Wirtschaft*, 10: 12-13 | **Crouch, Colin** (2009): *Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime*. *British Journal of Politics and International Relations*, 11/3: 382-399 | **Dullien, Sebastian/Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian** (2009): *Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste*. Transcript, Bielefeld | **Duménil, Gérard/Levy, Dominique** (2001): *Costs and Benefit of Neoliberalism – A Class Analysis*. *Review of International Political Economy*, 8/4: 578-607 | **Eggert, Wolfgang/Krieger, Tim** (2009): »Home Ownership« als Substitut für Sozialpolitik - Zum Entstehen der Finanzkrise in den USA, *Wirtschaftsdienst*, 89/6: 390-396 | **Epstein, Gerald/Schor, Juliet** (1991): *Macropolicy in the Rise and Fall of the Golden Age*. In: S. Marglin/J. Schor (Hg.): *The Golden Age of Capitalism*. Clarendon Press, Oxford | **Evans, Trevor** (2009): *The 2002-2007 US Economic Expansion and the Limits of Finance-led Capitalism*. *Studies in Political Economy*, 83: 33-59 ▶

beitslosigkeit häufig solche mit sehr regulierten Arbeitsmärkten und starken Sozialstaaten und Gewerkschaften – wie etwa in Skandinavien – finden (vgl. OECD 2006). Solche Einwände wurden aber von der Wissenschaft und Politik lange Zeit nur wenig berücksichtigt, und die weitere Deregulierung der Arbeitsmärkte und Lohnzurückhaltung gehören nach wie vor zur Standardempfehlung vieler ÖkonomInnen (vgl. z. B. SVR 2009).

Seit den 1980er Jahren wurden in den meisten OECD-Ländern der Abbau von Sozialleistungen und zum Teil sogar die Schwächung der Gewerkschaften von ÖkonomInnen, einigen internationalen Organisationen und vielen Regierungen vorangetrieben. Staatliche Umverteilung wurde als beschäftigungs- und anreizfeindlich diskreditiert. Kombiniert mit einer zunehmend restriktiven Geld- und Fiskalpolitik wurde so die Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen deutlich geschwächt, mit entsprechenden Auswirkungen auf die personelle und funktionelle Einkommensverteilung (vgl. ausführlicher in Horn et al. 2009). Das angelsächsische Modell mit deregulierten Arbeitsmärkten, relativ geringer Arbeitslo-

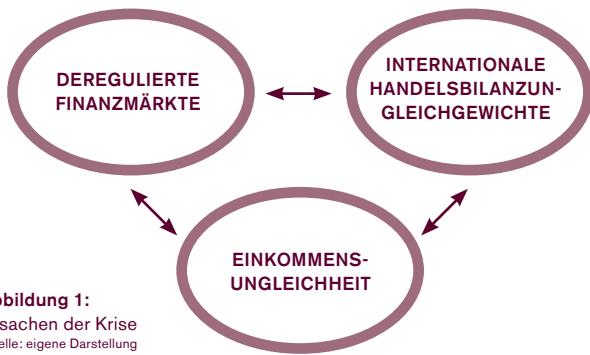


Abbildung 1:
Ursachen der Krise
Quelle: eigene Darstellung

sigkeit und hohen Wachstumsraten wurde als Vorbild ausgemacht. Wie sich nun aber zeigt, beruhte der scheinbare Erfolg des angelsächsischen Modells nicht unwesentlich auf einer Kompensation der schwachen Einkommensentwicklung in breiten Bevölkerungsteilen durch die Ausweitung von Krediten als Quelle einer starken Konsumnachfrage. Damit werden die makroökonomischen Risiken deregulierter Arbeitsmärkte und ungleicher Einkommensverteilung offensichtlich.

2. Die Zunahme der Einkommensungleichheit und die Krise

Unter ÖkonomInnen mit teilweise sehr unterschiedlichem theoretischen Hintergrund scheint sich zunehmend eine Konsenserklärung bezüglich der tiefer liegenden Ursachen der aktuellen Krise zu entwickeln (vgl. z.B. Crouch 2009, Dullien et al. 2009, Evans 2009, Fitoussi/Stiglitz 2009, Horn et al. 2009, Livingston 2009, Mathieu/Sterdyniak 2009, Onaran 2009, Palley 2005, 2009, Sapir 2009, Schulmeister 2010, Stiglitz 2009, Stockhammer 2009, van Treeck et al. 2007, Wade 2009, Young 2009). Vereinfacht dargestellt, liegen diese in der Interaktion von zunehmender Einkommensungleichheit, deregulierten Finanzmärkten, und internationalen Handelsbilanzungleichgewichten (vgl. Abbildung 1).

Diese drei Ursachen sind interdependent, aber am einfachsten ist es, die in den letzten Jahrzehnten zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen als Ausgangspunkt zu nehmen. Dies ist auch der Ansatz eines internationalen ExpertInnengremiums um Jean-Paul Fitoussi und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz: »Die Krise hat strukturelle Wurzeln. Der Mangel an aggregierter Nachfrage ging der Finanzkrise voraus und ist Konsequenz der strukturellen Änderungen der Einkommensverteilung. Seit 1980 stagnierten in den meisten industrialisierten Ländern die Medianlöhne und Einkommensungleichheiten haben zugunsten der oberen Einkommensgruppen zugenommen. Dies ist Teil eines generellen Entwicklungstrends, welcher ebenso weite Teile der nichtindustrialisierten Welt betroffen hat.« (Fitoussi/Stiglitz 2009, 3; eigene Übersetzung)

► **Fitoussi, Jean-Paul/Jestaz, David/Phelps, Edmund/Zoega Gylfi** (2000): Roots of the Recent Recoveries: Labor Reforms or Private Sector Forces? *Brookings Papers on Economic Activity*, 1: 237-311 | **Fitoussi, Jean-Paul/Stiglitz Joseph** (2009): The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. *OFCE Document de Travail*, 17 | **Friedman, Milton** (1977): Nobel Lecture: Inflation and Unemployment. *Journal of Political Economy*, 85/3: 451-472 | **Glyn, Andrew** (2006): *Capitalism Unleashed – Finance, Globalization, and Welfare*. Oxford University Press, Oxford | **Horn, Gustav/Dröge, Katharina/Sturn, Simon/van Treeck, Till/Zwiener, Rudolf** (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) Die Rolle der Ungleichheit. *IMK Report*, 41 | **IMF** (2003): *Unemployment and Labor Market Institutions: Why Reforms Pay Off*, *World Economic Outlook*, Mai, Chapter 4, International Monetary Fund, Washington D.C. | **IMF** (2009): *World Economic Outlook*, Oktober, Kapitel 1, Washington, D.C. | **Jobges, Heike/Logeay, Camille/Sturn, Simon/Zwiener, Rudolf** (2009): Deutsche Arbeitskosten im europäischen Vergleich: Nur geringer Anstieg – Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik für 2008. *IMK Report*, 44 | **Krugman, Paul** (2008): *Nach Bush – Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten*. Campus: Frankfurt | **Livingston, James** (2009) *Their Great Depression and Ours*. *Challenge*, 52/3: 34-51 | **Logeay, Camille/Zwiener, Rudolf** (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs. *WSI Mitteilungen*, 8: 415-422 ►

Da BezieherInnen niedriger Einkommen eine höhere Konsumneigung aufweisen, dämpfte die Einkommensumverteilung nach oben tendenziell die private Nachfrage. Der so erzeugte Hang zur Nachfrageschwäche konnte in den USA durch den Anstieg der Verschuldung der Privathaushalte kompensiert werden. Trotz einem seit den 1980er Jahren andauernden Prozess der Einkommensumverteilung nach oben (vgl. Piketty/Saez 2003) und der Stagnation der Medianlöhne seit drei Jahrzehnten (vgl. Krugman 2008) war der dynamische private Konsum lange Zeit tragende Säule des Wirtschaftswachstums in den USA. Die gestiegenen Vermögenspreise, zuletzt insbesondere im Immobiliensektor, in Kombination mit deregulierten und innovationsfreudigen Finanzmärkten, ermöglichten vor allem den unteren und mittleren Einkommenschichten eine massive Ausweitung der Verschuldung relativ zu ihrem Einkommen, wodurch sie ihr Konsumniveau ausweiten konnten (vgl. ausführlich Horn et al. 2009).

Notwendig für diese Entwicklung war die Deregulierung des Kreditmarktes. Über Jahrzehnte wurden stagnierende Realeinkommen breiter Bevölkerungsteile und fehlende sozialstaatliche Absicherung durch die (politische) Förderung von Wohneigentum und erleichterten Zugang zu Krediten kompensiert (vgl. Eggert/Krieger 2009). Als die US-Immobilienpreisblase platzte, wurden die Überschuldung breiter Teile der

Haushalte und damit die Grenzen des US-Wachstumsmodells offensichtlich (vgl. Palley 2009, Evans 2009).

Da sowohl der Privatsektor als auch der Staat in den USA seit Jahren strukturelle Defizite erzielten, musste in hohem Maße Kapital aus dem Ausland importiert werden. Dem hohen Handelsbilanzdefizit der USA standen also hohe Überschüsse anderer Länder gegenüber. Auch diese erklären sich wiederum teilweise aus der Unterregulierung der internationalen Finanzmärkte, und teilweise daraus, dass viele Länder mit der steigenden Ungleichheit ganz anders umgegangen sind als die USA.

Eine erste Gruppe von exportorientierten Volkswirtschaften bilden eine Reihe von Entwicklungsländern in Asien und Südamerika. Diese waren als Reaktion auf die Finanz- und Währungskrisen seit Mitte der 1990er Jahre darauf bedacht, Kapitalbilanzüberschüsse zu erzielen, um »Kriegskassen« in US-Dollar zur Bekämpfung möglicher Währungskrisen anzuhäufen (vgl. Bernanke 2005). Die zweite Gruppe besteht insbesondere aus Deutschland, Japan, mehreren kleineren europäischen Ländern und in gewisser Hinsicht China, das freilich zunehmend eine Sonderrolle spielt. In diesen Ländern führte die Lohnzurückhaltung und Einkommensungleichheit zu einer Spaltung von Außen- und Binnenwirtschaft. Während die Exporte angesichts steigender Wettbewerbsfähigkeit florierten, lahnte der Konsum angesichts der schleppenden Entwicklung der realen Masseneinkommen.

In Deutschland sind während des letzten Aufschwungs sogar die Reallöhne gefallen (vgl. Logeay/Zwiener 2008). Der massive institutionelle Umbau des Sozialstaats ab 2002, und die politisch induzierte deutliche Ausweitung des Niedriglohnsektors zeigte Wirkung auf die Einkommensverteilung. Die OECD (2008) stellte jüngst fest: »Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land.« Anders als in den USA waren die deutschen Haushalte nicht in

► **Mathieu, Catherine/Sterdyniak, Henri** (2009): La globalisation financière en crise. Revue de l'OFCE, 110: 13-74 | **Nickell, Stephen/Nunziata, Luca/Ochel, Wolfgang** (2005): Unemployment in the OECD since the 1960s: What do we know? Economic Journal, 115: 1-27 | **OECD** (1994): The OECD Jobs Study. Facts, Analysis, Strategies. OECD Publishing, Paris | **OECD** (2006): Employment Outlook: Boosting Jobs and Incomes. OECD Publishing, Paris | **OECD** (2008): Mehr Wohlstand durch Wachstum? Fact Sheet Deutschland: <http://www.oecd.org/dataoecd/3/28/41531752.pdf> [27-07-2009] | **Onaran, Özlem** (2009): From the crisis of distribution to the distribution of the costs of the crisis: What can we learn from the previous crises about the effects of the financial crisis on labor share? PERI Working Paper, 195 | **Palley, Thomas** (1997): The Institutionalization of Deflationary Policy Bias. In: H. **Hagemann/A. Choén** (Hg.): Advances in Monetary Theory. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht | **Palley, Thomas** (2005): The Questionable Legacy of Alan Greenspan. Challenge, 48/6: 17-31 | **Palley, Thomas** (2009): America's Exhausted Paradigm: Macroeconomic Causes of the Financial Crisis and Great Recession. New American Contract Policy Paper | http://www.newamerica.net/files/Thomas_Palley_America's_Exhausted_Paradigm.pdf [12-10-2009] | **Piketty, Thomas/Saez Emmanuel** (2003): Income Inequality in the United States, 1913-1998. The Quarterly Journal of Economics, 118/1: 1-39 | **Sapir, Jacques** (2009): From Financial Crisis to Turning Point. How the US »Subprime Crisis« Turned into a Worldwide One and Will Change the Global Economy. International Politics and Society, 1: 27-44 | **Schulmeister, Stephan** (1998): Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit – Vom Bündnis Realkapital-Arbeit in der Prosperität zum Bündnis Realkapital-Finanzkapital in der Krise. Internationale Politik und Gesellschaft, 1: 5-21 ►

der Lage bzw. willens, ihre stagnierenden Einkommen durch übermäßige Verschuldung für Konsumzwecke zu kompensieren. Die ständige Verbesserung der Lohnstückkostenposition durch Lohnzurückhaltung brachten Deutschland schließlich den »Titel des Exportweltmeisters« ein (siehe ausführlich in Horn et al. 2009). Auch Österreich hat – wenn auch weniger ausgeprägt – dieses deutsche Modell der Lohnzurückhaltung und Exportorientierung nachgeahmt (vgl. Chaloupek 2009, Joebges et al. 2009).

Im Ergebnis agierten die exportorientierten Länder als »Trittbrettfahrer«, da sie Wachstum nicht aus eigener, binnenwirtschaftlicher Kraft generierten, sondern von der Verschuldung anderer Länder – insbesondere der USA, aber auch Spanien und Großbritannien – abhängig waren. Die globalen Ungleichgewichte sind Ausdruck des international unterschiedlichen Umgangs mit dem Fehlen steigender Masseneinkommen als Grundlage für eine kräftige Nachfrageentwicklung: »Die Kombination dieser strukturellen Ungleichgewichte, bekannt unter der Bezeichnung Globale Handelsbilanzungleichgewichte, führte zu einem fragilen

Gleichgewicht, wodurch kurzfristig das Problem der mangelnden aggregierten Nachfrage auf globaler Ebene gelöst wurde, jedoch zulasten des zukünftigen Wachstums.« (Fitoussi/Stiglitz 2009, 4; eigene Übersetzung)


3. Die Grenzen des kreditfinanzierten und exportorientierten Wachstums

Das Wachstum der größten Ökonomien der Welt wurde insbesondere in der letzten Dekade zunehmend abhängig vom kreditfinanzierten Konsum in den USA, z.T. auch in Großbritannien und Spanien. Mit dem Platzen der Immobilienblase wurde die Überschuldung der US-Haushalte offen gelegt. Mittelfristig sind deswegen eine Reihe von schwierigen gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozessen hin zu einem balancierteren Wirtschaftsmodell erforderlich. Damit die USA und andere bisherige Defizitländer stärker über die Außenwirtschaft wachsen und ihre Handelsbilanzdefizite reduzieren können, muss in anderen Regionen der Welt die Binnennachfrage gestärkt werden: »Neben der Wiederherstellung der Angebotsseite muss sich auch die Struktur der globalen Nachfrage ändern, damit sich die Wirtschaft nachhaltig erholen kann. Insbesondere müssen Länder, die exportorientierte Strategien verfolgten und hohe Leistungsbilanzüberschüsse aufgebaut haben, mehr auf Binnennachfrage setzen – namentlich die Schwellenländer in Asien und andernorts, sowie Deutschland und Japan.« (IMF 2009, 32; eigene Übersetzung)

Mit einer Reregulierung der Finanzmärkte wäre die globale Ökonomie nicht auf einen nachhaltigen Wachstumspfad gebracht. Hierfür ist insbesondere auch ein grundsätzliches Umdenken in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik notwendig. Eine egalitäre Verteilung der Einkommen sowie Löhne, die nicht hinter dem Produktivitätswachstum hinterherhinken, sind Voraussetzungen für ein Wirtschaftsmodell, welches nicht auf Überschuldung oder Exportabhängigkeit basiert. In Anbetracht des allgemein prognostizierten Anstiegs der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren und deren Auswirkung auf die Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften

► **Schulmeister, Stephan** (2010): Die große Krise im Kontext des »langen Zyklus« der Nachkriegszeit. In: Manfred Oberlechner/Gerhard Heffleisch (Hg.): Integration, Rassismen und Weltwirtschaftliche Krise. Braumüller-Verlag, Wien (im Erscheinen) | **Smithin, John** (1996): Macroeconomic Policy and the Future of Capitalism: The Revenge of the Rentiers and the Threat to Prosperity. Edward Elgar, Cheltenham | **Solow, Robert** (2000): Unemployment in the United States and in Europe: A Contrast and the Reasons. CESifo Working Paper Series, 231 | **Stiglitz, Joseph** (2009): Worauf es ankommt. Blätter für deutsche und internationale Politik, 9: 43-57 | **Stockhammer, Engelbert** (2009): The finance-dominated accumulation regime, income distribution and the present crisis. Wirtschaftsuniversität Wien Working Paper, 127 | **SVR** (2009): Jahresgutachten 2009/10: Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Kapitel 7: 256-306 | **van Treeck, Till/Hein, Eckhard/Dünhaupt, Petra** (2007): Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung: Tendenzen in den USA und in Deutschland aus makroökonomischer Perspektive. IMK Studies, 5 | **Wade, Robert** (2009): The Global Slump – Deeper Causes and Harder Lessons. Challenge, 52/5: 5-24 | **Young, Brigitte** (2009): Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus. Der globale makroökonomische Kontext der Finanzkrise und der Privatverschuldung. | **Zeitschrift für Internationale Beziehungen**, 1: 141-159 ◀

und ArbeitnehmerInnen, ist aber eher zu erwarten, dass sich die Reallöhne in den kommenden Jahren äußerst moderat entwickeln. Und auch in der Politik ist in den meisten Ländern kein Umdenken in Fragen der Verteilung des Wohlstands in Sichtweite. Eine gesellschaftliche Debatte um die Neuorientierung der Wirtschaftspolitik ist vor diesem Hintergrund dringend notwendig.

Eine egalitäre Primärverteilung könnte durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Lohnverhandlungsposition und die Bekämpfung der in den letzten Jahrzehnten geschaffenen Niedriglohnssektoren durch Mindestlöhne und die Einführung stärkerer sozialrechtlicher Standards für prekäre Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Mittels veränderter Steuer- und Transferpolitik sowie einem Ausbau öffentlicher Infrastruktur könnte die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen weiter korrigiert werden. Die steigende Arbeitslosigkeit ließe sich bereits kurz- bis mittelfristig durch den Ausbau öffentlicher Beschäftigung und durch gezielte Arbeitszeitverkürzung reduzieren. Eine verstärkte Nutzung des technischen Fortschritts zur Reduktion der Arbeitszeit käme zugleich auch ökologischen Zielen der Politik entgegen. 

SIMON STURN UND TILL VAN TREECK arbeiten am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf. **KLARA ZWICKL** arbeitet und promoviert an der Wirtschaftsuniversität Wien.



Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Partizipation?

SCHWERPUNKT Die Integrationsdebatte gewinnt an Schärfe und dabei kommt dem Bildungsbereich eine besondere Bedeutung zu. Die AutorInnen argumentieren, warum der notwendige Spracherwerb kein Allheilmittel für gelungene Integration ist. Ein breiterer Bildungsansatz müsse die Segregation ebenso beseitigen, wie er die Dequalifizierung verhindern müsse. Dann sei Bildung tatsächlich ein zentrales Instrument für gelungene Integration.

In jüngster Zeit zeichnet sich die Etablierung eines neuen gesellschaftlichen Konsens ab, der abseits von Strache, Stammtisch und »Krone« quer durch alle Bevölkerungsschichten die Integrationsdebatte als Sicherheits- und Problemdiskurs führt. Wer »Ausländer« sagt, muss auch »Autodiebstahl«, »Wohnungseinbruch« und »Asylmissbrauch« sagen. In der »Presse am Sonntag« war jüngst zu lesen, man müsse »außerordentliches Glück« haben, in bestimmten Gegenden Wiens eine des Deutschen mächtige Auskunftsperson zu finden; im »Standard« war von österreichischen Jugendlichen zu erfahren, die von »türkischen Gangs« aus Parks vertrieben werden. Egal, welches Medium konsultiert wird, es scheint außer Frage zu stehen, dass Österreich dieser Tage einem massiven »Ausländerproblem« gegenübersteht.

In Österreich leben mehr als 750 000 Menschen (vgl. BMI Jahresstatistik Migration), die eine aufrechte Niederlassungsbewilligung oder Aufenthaltserlaubnis haben. Nicht eingerechnet in dieser Zahl sind AsylwerberInnen (vgl. BMI Jahresstatistik Asyl), Asylberechtigte, Menschen mit subsidiärer Schutzberechtigung und Staatsangehörige der Europäischen Union. Diese Zahlen geben Anlass zu einer Diskussion über Wesen und Kriterien der gelungenen Integration von MigrantInnen.

Der momentane Diskurs übernimmt unkritisch die FPÖ-Diktion von »den Ausländern«, die ein Sicherheits- und wirtschaftlich-kulturelles Problem darstellen. Dabei wird nicht unterschieden zwischen Asyl, Migration und Zuzug aus alten und neuen EU-Ländern oder Eingebürgerten; ob türkischstämmige Jugendliche der zweiten Generation, nigerianische AsylwerberInnen, neu zugezogene RumänInnen oder Perso-

nen, die seit Jahrzehnten die österreichische Staatsbürgerschaft haben: Sie alle werden pauschal zum Gegenstand diffuser Ängste, denen, so die gängige Meinung, auch politisch Rechnung zu tragen ist. Daraus resultierend sind die Integrationsanfragen dem Innenministerium zugeordnet und als Reaktion auf das »Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung« wird das Asyl- und Fremdenrecht stetig verschärft. Ziel ist es, Österreich als Einwanderungsland möglichst unattraktiv zu machen und somit die Immigration einzudämmen. Die Integration der bereits im Land befindlichen Menschen mit Migrationshintergrund endet bei verpflichtenden Deutschkursen und der Forderung nach »Anpassung«, damit die betreffende Person in der Öffentlichkeit möglichst nicht als »Ausländer« wahrnehmbar ist (Stichwort Kopftuch, Sprache, Verhalten).

ASSIMILATION

Das Konzept, welches hier im Hintergrund steht, ist die Assimilation. Diese manifestiert sich am besten in dem Satz: »Die [Ausländer] sollen sich gefälligst integrieren.« Damit wird allerdings nicht Integration gefördert, sondern Anpassung gefordert, mit dem Ziel keine kulturellen oder sonstigen Unterschiede mehr aufzuweisen. Diese Assimilation wird in der öffentlichen Diskussion aber mit Integration gleichgesetzt.

Deshalb ist es wichtig, den Begriff der Integration zu klären. Ein Ansatz sieht Integration im Idealfall als wechselseitigen Prozess der Anpassung und der Veränderung zwischen einer aufnehmenden und einer aufzunehmenden Gruppe. »Das bedeutet jedoch nicht, dass sich beide auf halbem Weg treffen, vielmehr müssen die EinwanderInnen große individuelle Anpassungsleistungen erbringen, während die österreichische

Gesellschaft die Voraussetzungen für die Integration von MigrantInnen schaffen muss. Das bedeutet, Österreichs politische, rechtliche und kulturelle Institutionen so umzugestalten, dass aus Fremden gleichberechtigte BürgerInnen werden.« (zit. in Fassman/Münz 1995, S.33)

Es geht bei der Integration also nicht um das Verstecken des Fremden, sondern um einen gemeinschaftlichen Prozess, an dessen Ende Unterschiede nicht verschwinden müssen.

Wie weit Österreich von diesem Integrationsbegriff entfernt ist, zeigt sich schon allein daran, dass die Integrationsagenden (wie oben erwähnt) im Innenministerium angesiedelt sind, wo sie automatisch in einer Sicherheitsdiskussion enden. Ein erster, auch symbolisch wichtiger Schritt wäre es, der Integration zu einem eigenen Staatssekretariat oder Ministerium zu verhelfen, um die Maßnahmen, die in den verschiedensten Bereichen notwendig sind, zu bündeln, evaluieren und koordinieren.

Danach müssten die Defizite benannt und verbessert werden (vgl. Integrationsfonds 2009). Dass dies keinesfalls eine unnötige »Aufblähung des Regierungsapparates« ist, wie diese Idee von Werner Faymann jüngst verworfen wurde, zeigt das Beispiel aus Wien, wo es mit Sandra Frauenberger zumindest eine eigene Stadträtin für Integration gibt.

ECHTE INTEGRATION

In einem solchen Umfeld wird es erst möglich, differenzierte Konzepte zu entwickeln, die über populistische Forderungen hinausgehen. Frauenberger vergleicht das Wiener Integrationskonzept mit einem Haus: »Der Anspruch, dass Zuwanderung klare Regeln braucht und an Integrationsmaßnahmen gekoppelt sein muss, ist dessen Fundament. Die vier Eckpfeiler dieses Hauses heißen: Sprache, Arbeitsmarkt, Zusammenleben und Messbarkeit. Das darüberstehende Dach muss daher ein breites Bündnis quer durch alle Bevölkerungsgruppen, durch alle Lebensbereiche und durch alle Politikbereiche sein. Ein klares

Bekenntnis für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt, ein klares Bekenntnis für Integration und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.« (www.sandra-frauenberger.at). Obwohl stark vereinfachend, geht das Wiener Konzept doch klar in Richtung einer wechselseitigen, echten Integration.

Konterkariert wird dieses Konzept durch die geltende Gesetzeslage im Bund, die eher das Konzept der Assimilation verfolgt und darauf setzt, Österreich als Einwanderungsland unattraktiv zu machen. Damit stehen die vier Säulen auf einem sehr wackeligen Fundament. Anstatt also die politischen, rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen zu schaffen, die ein Gelingen der Integration ermöglichen, verschärft der österreichische Gesetzgeber die Situation.

HANDLUNGSBEDARF

Beispiele hierfür gibt es viele: Es gibt Menschen, die einen legalen Aufenthaltsstatus haben, aber keinen legalen Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt. Auch der jährlich notwendige Verlängerungsantrag, der mit finanziellen Belastungen einhergeht und abgelehnt werden kann, wenn bestimmte Ressourcen nicht nachgewiesen werden können, trägt nicht zur Wirksamkeit von Integrationsmaßnahmen bei. Die Verschärfung des Staatsbürgerschaftsgesetzes unter ÖVP/FPÖ/BZÖ geht in dieselbe Richtung. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf.

Ist man an echter Integration interessiert, so dürfen Gesetze kein Hindernis sein, sondern sollen einen Rahmen schaffen, in dem Integrationsmaßnahmen möglich werden. Dazu braucht es zuallererst ein Bekenntnis, dass Österreich ein Einwanderungsland ist, was es historisch nicht immer war, und dass Immigration per se keine Bedrohung darstellt. Wenn Konsens über diese beiden Punkte herrscht, dann wird es auch möglich sein, ein Fremdengesetz zu schaffen, das nicht alle drei bis sechs Monate novelliert werden muss, weil es den Ansprüchen nicht genügt. Ein solches Gesetz muss klare und transparente Regeln für die Zuwanderung enthalten.

BILDUNG ALS SCHLÜSSEL

Bildung hat einen zentralen Stellenwert, weil sie die einzige Möglichkeit bietet, sozial aufzusteigen. Zudem ist ein Mindestmaß an Bildung nötig, um sich in soziale und politische Prozesse einzuklinken zu können. Vereinfacht gesagt, wer nicht lesen oder schreiben kann, wird es sehr schwer haben, auf der politischen Ebene seine/ihre Forderungen zu artikulieren. Jemand der/die die deutsche Sprache nicht beherrscht, wird keine Arbeit in höheren Positionen finden, es sei denn es handelt sich um ausländische Manager, die nach Österreich geholt werden. Mit Alphabetisierung und dem Erwerb von Sprachkenntnissen allein ist es jedoch noch nicht getan.

Ohne einen höheren Bildungsabschluss ist ein sozialer Aufstieg nur sehr schwer möglich. Wenn wir uns den Integrationsbegriff von Münz und Fassmann in Erinnerung rufen, dann bedeutet gelungene Integration, dass in einer Gesellschaft jeder/m in einer Gesellschaft unabhängig von Herkunft und/oder Muttersprache die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten offen stehen müssen.

Statistiken, die Bildungsgrad und Herkunftsland korrelieren, zeigen noch einmal sehr schön, wie sehr eine differenzierte Betrachtung der »AusländerInnen« notwendig ist. Denn Menschen ohne österreichische Staatsangehörigkeit sind in den höchsten und niedrigsten Bildungsschichten überproportional vertreten; österreichische Staatsangehörige sind hingegen auf der mittleren Bildungsebene viel stärker präsent.

2007 verfügte etwa ein Viertel der österreichischen Staatsangehörigen im Alter von 25 bis 64 Jahren über Matura oder einen akademischen Titel, wohingegen rund ein Drittel der im Land befindlichen Nicht-StaatsbürgerInnen diesen Bildungsgrad erreicht hatte. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass ZuwandererInnen aus EU und EWR einen AkademikerInnenanteil von 29% aufweisen, aber nur 3% der ZuwandererInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und 2% aus der Türkei.

Andererseits sind nicht-österreichische StaatsbürgerInnen auch bei den niedrigen Bildungsabschlüssen überrepräsentiert. 34% der ZuwandererInnen aus der Altersgruppe 25 bis 64 verfügen nur über einen Pflichtschulabschluss, während der Anteil bei den österreichischen Staatsangehörigen 16% beträgt. Aber auch hier ist die Gruppe der ZuwandererInnen nicht homogen: BürgerInnen anderer EU-Staaten haben nur zu 9% den Pflichtschulabschluss als höchste abgeschlossene Bildung, wohingegen der Anteil der Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit 48% und der Türkei mit 76% deutlich höher (vgl. österreichischer Integrationsfonds, u.a. 2009) ist.

Auch ein Blick an die Schulen zeigt deutlich, dass Österreich noch weit von gleichen Chancen für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und Muttersprache entfernt ist. Kinder mit ohne österreichische Staatsbürgerschaft (insgesamt 9%) sind in Sonderschulen mit 18% über- und in AHS/BHS mit einem Anteil von 6% bzw. 5% unterrepräsentiert. Häufig sind die Deutschkenntnisse bei Schuleintritt ausschlaggebend für die weitere schulische Laufbahn, etwa wenn mangelhafte Deutschkenntnisse dazu führen, dass ein Kind statt der Volksschule in die Sonderschule kommt, wo ein Viertel der SchülerInnen Deutsch nicht als Muttersprache haben. SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache wiederholen zudem öfter als ihre österreichischen KollegInnen eine Schulstufe und beenden ihre schulische Laufbahn zudem öfter mit Ende der Schulpflicht (vgl. österreichischer Integrationsfonds, u.a. 2009).

Man sieht an all diesen Daten, dass ausländische Staatsangehörige nicht die gleichen Chancen haben wie ihre österreichischen KollegInnen und dass man auch eine Differenzierung der Zielgruppe »AusländerInnen« bei allen Maßnahmen im Auge behalten muss.

SPRACHE ALS ALLHEILMITTEL?

Unbestritten ist, dass gute Deutschkenntnisse wichtig für die Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen sind. »Sprache ist die wesentliche Voraussetzung für Verständigung, aber auch

Voraussetzung für schulischen Erfolg und beruflichen Aufstieg.« (zit. in ÖIF Konsenspapier 2009, S.1)

Die Integrationsvereinbarung, die 2006 neu geregelt wurde, sieht die Absolvierung eines einheitlichen 300-stündigen Deutschkurs inklusive verpflichtender Abschlussprüfung auf Niveau A2 nach europäischem Referenzrahmen vor. Diese Integrationskurse werden, ebenso wie die AMS-Deutschkurse für arbeitslose MigrantInnen und arbeitssuchende Jugendliche mit Migrationshintergrund, als Allheilmittel betrachtet. Inwiefern 300 Stunden ausreichen um Deutsch zu lernen, ist eine andere Frage. In Frankreich dauern vergleichbare Kurse 500 Stunden, in Deutschland sogar 600 Stunden.

Die Kosten der Kurse sind sehr hoch und müssen von den Betroffenen selbst getragen werden. Die Kurskosten werden am Ende vom Innenministerium nur zum Teil rückerstattet. Hier sind sie regionale Förderungen sehr wichtig, damit der Deutschkurs nicht zur Schuldenfalle wird. Außerdem zu beleuchten ist der Hintergrund der Einführung dieser Maßnahme und deren Kommunikation nach außen hin. Bei der Einführung stand der Zwangscharakter des verpflichtenden Deutschlernens im Vordergrund, folgend der populistischen Forderung: »Die sollen gefälligst Deutsch lernen!« oder »Deutsch statt nix verstehen«.

Aber Lernen unter Zwang funktioniert schlecht. Statt Menschen über einen Kamm zu scheren und von ihnen im einem gewissen Zeitraum (4 Jahre) ein gleiches Niveau (A2) vorzuschreiben, wäre es sinnvoller zielgruppenspezifische Angebote zu setzen und zu erweitern (vgl. Rieder 2009).

Österreich ist eines der wenigen Länder mit einem sogenannten differenzierten Schulsystem. Was eigentlich gut klingt, heißt in Wirklichkeit, dass mit bereits im Alter von zehn Jahren die Entscheidung über die weitere Laufbahn der schulpflichtigen Kinder fällt. In der Realität führt diese frühe Trennung zu einer Selektion nach sozialen Kriterien, die zur Vererbung

des sozialen Status führt: Haben die Eltern studiert, so besucht das Kind mit hoher Wahrscheinlichkeit eine AHS; haben die Eltern jedoch nur die Pflichtschule absolviert, landet das Kind fast sicher in der Hauptschule oder kooperativen Mittelschule. Damit verbunden sind Einschränkungen in der Berufswahl und verminderte Chancen auf sozialen Aufstieg.

Die österreichische Lösung, neben AHS-Unterstufe und Hauptschule als dritten Schultyp die Kooperative Mittelschule zu etablieren, um die »Wahlfreiheit« zu erhalten, führt die Idee der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen ad absurdum. Eltern können so weiterhin ihre Kinder vor schlechterem Bildungsniveau bzw. »den Ausländerkindern« ins Gymnasium zu ihresgleichen retten und so die Tradition der sozialen Selektion weiter fortsetzen. Solange sich die Wege je nach Herkunft nach der Volksschule trennen, wird sich nichts an der Ungleichbehandlung der Kinder ändern.

GANZTAGSBETREUUNG

Mit der völligen Umstellung der schulischen Architektur etwa nach skandinavischem Vorbild allein ist es noch nicht getan sein: Begleitend muss die LehrerInnenausbildung vereinheitlicht werden, müssen die LehrerInnen darin geschult werden, mit kulturellen Unterschieden und Mehrsprachigkeit umzugehen, müssen die Klassen- bzw. Gruppengröße verringert werden, muss in die Ausstattung der Schulen investiert werden.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einführung der flächendeckenden Ganztagsbetreuung. Dies würde Kindern aus bildungsfernen Schichten helfen, da sie unter Betreuung von LehrerInnen nochmals den Schulstoff durchgehen und Hausübungen machen können, ohne dass teure Nachhilfe in Anspruch genommen werden muss.

Ein überlegungswürdiges Modell ist auch die Unterstützung von lernschwachen Migrationskindern durch Studierende. Dieses LernpatInnensystem wird mit Erfolg bei den

Basisbildungskursen im Jugendbildungszentrum an der VHS Ottakring und im Integrationshaus Wien angewendet. Ein Belohnungsmodell für diese Studierenden könnte eingeführt werden, zum Beispiel in Form von Anrechnung der Tätigkeit für das Studium.

In Australien gibt es in Schulen ein Peer-System, das zum stärkeren Zusammenhalt in der Klasse und zu besseren Lernleistungen führt. Ähnliches gibt es auch in Großbritannien, wobei dieses Modell schulübergreifend ist.

SEITENEINSTEIGERINNEN

Einen speziellen Fall im Schulsystem stellen die so genannten »SeiteneinsteigerInnen« dar: Jugendliche, die im schulpflichtigen Alter nach Österreich kommen und wenig bis gar keine Deutschkenntnisse mitbringen. Die derzeitige Praxis, sie als außerordentliche SchülerInnen in den Regelunterricht zu setzen, sorgt vor allem für Frustration. Weder können sie den Unterricht folgen, noch ist die Sprachförderung ausreichend. Viele dieser Kinder und Jugendlichen verlieren Jahre und landen dann nach ihrer Schulpflicht in Maßnahmen zur Sprachförderung, oder in Kursen des zweiten Bildungsweges. Sinnvoller wäre es gleich in der Schule ein Sprachförderungsmodell einzuführen, damit SeiteneinsteigerInnen nach einem Jahr in den normalen Schulbetrieb einsteigen können und ihnen so negative Lern- und Schulerfahrungen zu ersparen.

Begleitend muss das Angebot beim zweiten Bildungsweg stark ausgebaut werden. Bildungskarrieren, insbesondere die von MigrantInnen, verlaufen nicht linear. Ein Blick in die Abendschulen in Wien zeigt, dass diese längst nicht mehr von Berufstätigen mittleren Alters, sondern von jungen MigrantInnen dominiert werden. Ausgelegt ist das System aber nach wie vor auf berufstätige Erwachsene, die am Abend nach der Arbeit die Matura oder einen BMS-Abschluss nachholen. Benötigt wird ein erweitertes (Tages-) Angebot, das speziell auf die Zielgruppe der MigrantInnen ausgerichtet ist.

Ein interessantes Pilotprojekt stellt ISIS an der Volkshochschule in Wien 15 dar: Jugendliche MigrantInnen, die höhere Schulen besuchen, können am Nachmittag (oder am Vormittag, für die BesucherInnen der Abendschulen), kostenlos Nachhilfe in Anspruch nehmen. Dabei geht es nicht nur um Nachhilfe in einzelnen Fächern, sondern auch um die Erarbeitung eines Lernkonzeptes.

VERHINDERUNG VON DEQUALIFIZIERUNG

Im Jahr 2001 haben 39% der ZuwanderInnen einen Beruf ausgeübt, der unter ihrer Qualifikation lag. Zu diesem Ergebnis kommt das Zentrum für soziale Innovation in einer Studie. (zit. nach www.integration.at) Diese Dequalifizierung kann viele Ursachen haben: Für gut ausgebildete MigrantInnen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien wirkt sich die Tatsache, dass die ZuwanderInnen aus diesen Ländern meist ein eher niedriges Qualifikationsniveau haben, in vielen Fällen negativ aus. Auch können mangelnde Deutschkenntnisse oder ein ausländischer Akzent ein Grund sein.


Nach der aktuellen Gesetzeslage sind ausländische Bildungsabschlüsse schwer zu nostrifizieren. Bei akademischen Abschlüssen ist das nur möglich, wenn belegt wird, dass die Nostrifikation für die Berufsausübung benötigt wird (Universitätsgesetz §90), was in der Praxis kaum nachzuweisen ist.

Zum Problem wird auch, dass die Zahl der Ausbildungsplätze im Gesundheits- und Sozialbereich sehr begrenzt ist. Das gilt auch für Nostrifikationskurse. Dazu kommt, dass die sprachliche Eingangsschwelle zu einer solchen Ausbildung sehr hoch ist und somit viele MigrantInnen ausschließt.

Diese Hindernisse sollten möglichst aus dem Weg geräumt werden. Sinnvoll wäre auch die Schaffung regionaler Anlaufstellen für die Anerkennung sämtlicher im Ausland erworbener Qualifikationen und Berufserfahrungen, nach dem One-Stop-Shop-Prinzip.

ZUSAMMENFASSUNG

Sieht man Integration als wechselseitigen Prozess zwischen der Aufnahmegesellschaft und der Menschen, die in diese Gesellschaft aufgenommen werden wollen, so muss das Ziel eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft sein. Bildung ist sehr wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Schlüssel, um zu dieser Partizipation zu gelangen.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist ein wichtiger Bestandteil, aber bei weitem nicht der einzige. Wie wir versucht haben zu zeigen, gibt es noch sehr viele andere Bereiche, auf die ein Augenmerk gerichtet werden sollte. Viele der Maßnahmen würden dabei nicht nur MigrantInnen zugute kommen, sondern auch deutschsprachigen Kindern aus bildungsfernen Schichten – am Ende sogar der ganzen Gesellschaft; denn eine ins Subproletariat abgedrängte Gruppe schlecht qualifizierter ZuwandererInnen ohne soziale Aufstiegsmöglichkeiten kostet (nicht nur finanziell) weitaus mehr als die oben andiskutierten Maßnahmen. 

LITERATUR:

Biffi Gudrun, Simonitsch Günther: Bildung und Sprache. Nachfrage nach höheren Qualifikationen. In: Österreichischer Integrationsfonds: Expertenbeiträge zur Integration. Wien 2008 | **Bock-Schappelwein, Julia et al.:** Die ökonomische Wirkung der Immigration in Österreich 1989-2007 (Kurzfassung). Wien 2009, S. 6 ff. | **Fassmann Heinz, Münz Rainer:** Einwanderungsland Österreich! Historische Migrationsmuster, aktuelle Trends und politische Maßnahmen. Jugend und Volk, Wien 1995 | **Münz Rainer:** Migration, Flucht und Vertreibung in Europa. Ein Rückblick auf das 20. Jahrhundert. In: Appelt Ernst (Hg): Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaft als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Studienverlag, Innsbruck 2001 | **Kreuzhuber Margit, Maier Franz-Wolf:** Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Schlüsselfaktor Beschäftigung. In: Österreichischer Integrationsfonds: Expertenbeiträge zur Integration. Wien 2008 | **Österreichischer Integrationsfonds:** Nationaler Aktionsplan für Integration. Konsenspapier. Wien 2009 | **Rieder Mario:** Bildung als Schlüssel zur Migration. In: Zukunft. Ausgabe Mai 2009 | **Universität Wien:** »Jetzt merke ich, dass ich etwas kann.«. Evaluation der Mama lernt Deutsch Kursreihe der Stadt Wien im Schuljahr 2006/2007. Endbericht. 1. Band. Wien 2007 http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Niederlassung/statistiken/files/Fremde_Jahresstatistik_2008.pdf Bundesministerium für Inneres: Migration Jahresstatistik 2008; 07.07.2009 | http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/files/Asyl_Jahresstatistik_2008.pdf | Bundesministerium für Inneres: Asyl Statistik 2008; 07.07.2009 | <http://www.lesen-in-deutschland.de/html/content.php?object=journal&lid=615> 11.10.09 | <http://www.migrant.at/homepage-2006/kompetenzzentrum/kompetenzzentrum.html> 11.10.09 | <http://www.vhs.at/jubiz> 11.10.09

ELISABETH FELBERMAIR

ist Germanistin in Wien.

SENAD LACEVIC

ist Sozialarbeiter in Wien.

Mindestentgeltregelungen in Österreich

SCHWERPUNKT Eine kollektiv geregelte Mindestlohnpolitik hat in Österreich lange Tradition. Es existieren aber immer noch Erwerbstätige, die keiner Mindestentgeltregelung unterliegen. Warum das so ist, welche Konsequenzen dieser Zustand hat und welche Ansätze es zur Schließung von Regelungslücken diskutieren Manuela Hiesmair und Martin Gruber.

Historisch betrachtet wurden im ausgehenden 19. Jahrhundert mit den so genannten »Werkstattverträgen« die ersten Mindestlohnregelungen in Österreich getroffen. In diesen Verträgen wurden neben den Arbeitsbedingungen auch die Mindestentlohnungen festgeschrieben. Bereits 1920 wurde dann das Kollektivvertragsgesetz beschlossen und das Instrument des Kollektivvertrags eingeführt.¹

Sinn und Zweck dieser »kollektiven Rechtsgestaltung« war und ist es, dem wirtschaftlich übermächtigen Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen (AG) anstelle der einzelnen Arbeitnehmerin oder des einzelnen Arbeitnehmers (AN) als Kontrahenten ein Kollektiv, also einen AN-Verband gegenüberzustellen, um auf diese Weise annähernd ein wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht zwischen den potentiellen VertragspartnerInnen herzustellen.²

Das in der Praxis mit Abstand dominierende kollektive Rechtsgestaltungsinstrument ist der Kollektivvertrag (KollV). Daneben existieren noch die Möglichkeit der Erlassung einer Satzung, eines Mindestlohntarifs oder die Festsetzung einer Lehrlingsentschädigung durch das Bundeseinigungsamt.

KOLLEKTIVVERTRÄGE

Der § 2 Abs 1 des Arbeitsverfassungsgesetzes (ArbVG) sieht Kollektivverträge als »Vereinbarungen, die zwischen kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitgeber einerseits und der Arbeitnehmer andererseits abgeschlossen werden«. Fähig einen KollV abzuschließen sind ex lege primär die »freiwilligen Berufsvereinigungen«, subsidiär die »gesetzlichen Interessenvertretungen« der AN und AG. Praktisch werden die Kollektivverträge auf AN-Seite in der Regel von den Fachgewerkschaften (als freiwillige Berufsvereinigungen) und auf AG-Seite meist von Wirtschaftskammer, also der gesetzlichen Interessenvertretung, oder einer freiwilligen Berufsvereinigung

wie z. B. der Vereinigung der Österreichischen Industrie oder etwa der Verband Österreichischer Zeitungen geschlossen.

Neben allen anderen gemäß § 2 Abs 2 ArbVG möglichen Inhalten eines KollV ist eine Kernregelungsbefugnis jedenfalls die Festsetzung der branchenspezifischen Mindestlöhne.³ Zwar entstehen die Inhalte von KollVen in privatrechtlichen Verhandlungen (»Privatautonomie«), allerdings wird durch den ordnungsgemäßen Abschluss im »normativen Teil«⁴ des KollV ein Gesetz im materiellen Sinn begründet⁵, weshalb für die vom jeweiligen KollV erfassten AG und AN der Kollektivvertrag unmittelbar rechtsverbindlich ist. So also auch die jeweiligen Mindestlohnregelungen.

Durch die so genannte »Außenseiterwirkung« der Kollektivverträge sind auch jene AN eines kollektivvertragsangehörigen Arbeitgebers von den Kollektivverträgen erfasst, die selbst nicht Mitglieder der abschließenden ArbeitnehmerInnenvertretung, also in der Regel der Fachgewerkschaft, sind.⁶ Derzeit stehen in Österreich zwischen 790 und 810 KollVe in Geltung.⁷

Eine Konsequenz der beschriebenen Privatautonomie ist die so genannte Kollektivvertragsautonomie. Die prinzipielle Freiwilligkeit der Übereinkunft zwischen den Kollektivvertragsparteien hat deshalb die Konsequenz, dass dort, wo kein Abschlusswille vorhanden ist bzw. wegen zu weit auseinander liegender Positionen keine Einigung erzielt kann, es auch keinen KollV (mehr) gibt. Als Maßnahmen zur Abhilfe in einer solchen Situation schufen die GesetzgeberInnen unterschiedliche Möglichkeiten, behördlich Arbeitsbedingungen festzusetzen.

BEHÖRDLICHE FESTSETZUNG

Das Bundeseinigungsamt (BEA)⁸ ist eine durch die SozialpartnerInnen paritätisch besetzte Behörde, deren Vorsitz ein vom

- 1) Vgl. Hermann, Mindestlöhne in Österreich (2005), Forba Schriftenreihe 4/2005. URL: <http://www.forba.at/data/downloads/file/162-SR%204-05.pdf> (Stand: 3. August 2009), 2.
- 2) Vgl. Strasser/Jabornegg in Floretta/Spielbüchler/Strasser, Arbeitsrecht II4 (2001), 90.
- 3) Der Begriff „Mindestlöhne“ umfasst auch die Mindestgehälter. Geregelt in § 11 ArbVG.
- 5) Vgl. Löschnigg in Schwarz/Löschnigg, Arbeitsrecht10 (2003), 72; Höchstgerichte dazu: OGH 28. 03. 2002, 8ObA120/01g und VwGH 05. 06. 2002, 99/08/0048.
- 6) Geregelt in § 12 ArbVG.
- 7) Eigene Recherche unter www.kvsystem.at vom 27. März 2009.

einschlägigen Minister/der einschlägigen Ministerin ernannter Bundesbeamter/eine ernannte Bundesbeamtin führt. Auf Antrag und nach Prüfung der vom Gesetz verlangten Voraussetzungen kann das Bundeseinigungsamt den Geltungsbereich eines in einer Branche bestehenden KollV auf kollektivvertragsfreie Bereiche ausdehnen. Dieses Vorgehen wird als »Satzung« bezeichnet.⁹

Die Erklärung eines KollV zur Satzung dient im Wesentlichen zwei gesellschaftlichen Ansprüchen. Einerseits soll durch Intervention des Bundesstaates verhindert werden, dass AG-AußenseiterInnen mit den durch KollVe gebundenen AG lohndrückend in Konkurrenz treten.¹⁰ Andererseits wird für einen bislang unregulierten Bereich eine Ordnung geschaffen werden.¹¹

Besteht keine Möglichkeit zur Erlassung einer Satzung, etwa wegen Fehlens eines vergleichbaren KollV, dann sieht das ArbVG subsidiär noch die Festsetzung eines Mindestlohntarifes (MLT) vor.¹² Die ausschlaggebenden Voraussetzungen, dass ein Mindestlohntarif nach Antrag als Verordnung¹³ erlassen werden darf sind ein Fehlen einer kollektivvertragsfähigen Körperschaft auf AG-Seite und dass kein Mindestentgeltteil eines KollV zur Satzung erklärt wurde. Abschließend ist festzustellen, dass sich die Bemessung der Entgelthöhe bei den Verfahren zur behördlichen Festsetzung von Arbeitsbedingungen im Großen und Ganzen nach kollektivvertraglichen Regelungen in verwandten Wirtschaftsbereichen richtet. Dies kann als ein erneuter Verweis auf die Wichtigkeit der Kollektivverträge im System der österreichischen Mindestentgeltregelungen gedeutet werden.

ABDECKUNGSLÜCKEN ALS HERAUSFORDERUNG

Die Bedeutung der Kollektivverträge und diesen gleichwertigen Regelungen¹⁴ zeigt auch ein Blick in die Statistik. Die Abdeckungsrate dieser Instrumente zur Mindestentgeltfestlegung betrug nach letzter und somit aktueller Erhebung 2007 rund 95 % aller unselbstständig Erwerbstätigen.¹⁵ In absoluten Zahlen waren 2007 somit circa 157.800 unselbstständig Erwerbstä-

- 8) Geregelt in den §§ 18ff in Verbindung mit §§141ff ArbVG.
- 9) Geregelt in den §§ 18 bis 21 des ArbVG.
- 10) Vgl. Strasser, ArbVG-Kommentar (2002) § 18 Rz 1; VfGH 29. 09. 1994, V 85/92, V 86/92.
- 11) Vgl. Strasser, ArbVG-Kommentar § 18 Rz 1
- 12) Geregelt in den §§ 22 bis 25 ArbVG.
- 13) Vgl. OGH 23. 04. 2003, 9 ObA 236/02z; OGH 13. 09. 2001, 8 ObA 87/01d; Reissner, ZellKomm (2006) § 22 ArbVG Rz 16.
- 14) Die, dem KollV gleichwertigen Regelungen, sind die gesetzlichen Entgelte im öffentlichen Dienst, die Satzungen und Mindestlohntarife.
- 15) Vgl. Statistik Austria, Tariflohnindex 06 (undatiert). http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/tariflohnindex/index.html (Stand: 8. Januar 2009)

tige ohne rechtlichen Mindestlohnschutz; die Veränderung zu heute schätzen die AutorInnen als verhältnismäßig gering ein. Begründet können diese Lücken folgendermaßen werden:

Kollektivvertragsfreiheit

Ein Teil dieser Erwerbstätigen arbeitet in Bereichen für die schlicht wegen der erwähnten Kollektivvertragsautonomie kein KollV abgeschlossen wurde. Meist aufgrund der Weigerung der ArbeitgeberInnenseite. Exemplarisch sind dies Angestellte bei NotarInnen in Salzburg, Vorarlberg und Kärnten; Angestellte bei MaklerInnen; Angestellte in Fachhochschulen (kollv-fähige Partnerorganisation fehlt); FußpflegerInnen, KosmetikerInnen und MasseurInnen (veralteter Rahmenkollektivvertrag vom 1. Jän. 1992 und seit Jahren keinen Lohnabschluss); DienstnehmerInnen in der Werbung und Marktkommunikation (Ausnahme: Wien); NotariatskandidatInnen und RechtsanwaltsanwarterInnen; DienstnehmerInnen bei Kellerbühnen und Kleintheatern.

ArbeitnehmerInnenähnliche Personen

Der 1. Teil des Arbeitsverfassungsgesetzes normiert nicht nur die Instrumente der »kollektiven Rechtsgestaltung«, also die vorgestellten Instrumente KollV, Satzung und Mindestlohntarif. Hier wird auch festgehalten, dass diese Instrumente für Arbeitsverhältnisse aller Art, die auf einem privatrechtlichen Vertrag beruhen, greifen. Dabei wird nach herrschender Rechtslehre und Rechtsprechung auf den arbeitsvertraglichen AN-Begriff¹⁶ abgestellt, dessen Hauptcharakteristikum die Erbringung der Arbeitsleistung in »persönlicher Abhängigkeit« ist.¹⁷

Für die Gruppe der freien DienstnehmerInnen, die in der Regel per Definition als weitgehend weisungsfrei gelten und keinen Erfolg sondern Arbeitsleistung für eine Zeitdauer schulden¹⁸, wird nicht von einer »persönlichen Abhängigkeit« ausgegangen, weshalb diese Beschäftigten gegenwärtig nicht von den Mitteln der kollektiven Rechtsgestaltung erfasst werden und auch weiteren essentiellen arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen nicht unterliegen.¹⁹

- 16) Vgl. Jabornegg/Resch/Strasser, Arbeitsrecht2 (2005) Rz 46; Löschnigg, Arbeitsrecht10, 121.
 17) Vgl. Strasser, ArbVG-Kommentar § 1 Rz 5; Risak, Kollektive Rechtssetzung auch für Nicht-Arbeitnehmer?, ZAS 2002, 165 (166) mwN.
 18) Vgl. Jabornegg/Resch/Strasser, Arbeitsrecht2, Rz 52; Löschnigg, Arbeitsrecht10, S. 125.
 19) Vgl. Arbeiterkammer Salzburg, Der freie Dienstvertrag (2008) <http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d99/Derfreiedienstvertrag.pdf> (Stand: 30. Juli 2009) 5 u 22.
 20) Vgl. Statistik Austria, Unselbständig Erwerbstätige nach internationaler Definition (Labour Force-Konzept) nach beruflicher Stellung seit 1995 (2009), (undatiert) http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbs-

- [taetige/unselbststaendig_erwerbstaetige/023551.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbs-taetige/unselbststaendig_erwerbstaetige/023551.html) (Stand: 18. November 2009).
 21) Vgl. Arbeiterkammer Burgenland, Ihr Recht im Griff (2008), <http://www.akbgld.at/online/page.php?P=165&IP=39066>, (Stand: 29. Januar 2009).
 22) Vgl. Jabornegg/Resch/Strasser, Arbeitsrecht2, Rz 46; Löschnigg, Arbeitsrecht10, 121.
 23) ÖGB, Grundsatzprogramm (2009). http://www.oegb.at/servlet/BlobServer?blobcol=urldokument&blobheadername1=content-type&blobheadername2=contentdisposition&blobheadervalue1=application%2Fpdf&blobheadervalue2=inline%3B+filename%3D%22Das_beschlossene_Grundsatzprogramm.pdf%22&blobkey=id&root=OEGBZ&blobnocache=false&blobtable=Dokument&blobwhere=124661683859 (Stand: 22. September 2009), 17.

Deshalb endet die Flucht aus dem Arbeitsrecht, die von vielen Unternehmungen betrieben wird, auch oftmals bei dem Abschluss von freien Dienstverhältnissen. Die Gruppe der Freien DienstnehmerInnen umfasste im 2. Quartal 2009 rund 52.000 Beschäftigte.²⁰ Nach Information der Arbeiterkammer Burgenland sind typische Berufe die in freien Dienstverhältnissen ausgeübt werden, die der ZeitungsausträgerInnen, SystemadministratorInnen in Betrieben, JournalistInnen und MitarbeiterInnen von Versicherungs- und ImmobilienmaklerInnen.²¹

Weitere Beispiele für arbeitnehmerInnenähnliche Personen sind HeimarbeiterInnen, definiert in § 2 Abs 1 lit a Heimarbeitsgesetz idGF, die dezidiert im ArbVG in § 1 Abs 2 von Mitteln der kollektiven Rechtsgestaltung ausgeschlossen werden und die abgegrenzte Personengruppe der »ständig freien journalistische MitarbeiterInnen« gem § 16 Abs 1 Journalistengesetz idGF. Für die beiden Gruppen gibt es jeweils die Möglichkeit einen »Gesamtvertrag« abzuschließen. Dieser ist eine dem Kollektivvertrag nachempfundene Rechtserzeugungsquelle.

Ausgehend von der beschriebenen Rechtslage gibt es unterschiedliche Anknüpfungspunkte, um den Kreis der von Mindestlohnregelungen geschützten Personen, auszudehnen.

Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes


Bis dato wird von universitärer Lehre und Rechtsprechung bei den Instrumenten der kollektiven Rechtsgestaltung auf den arbeitsvertraglichen AN-Begriff²² abgestellt, dessen Hauptcharakteristikum die Erbringung der Arbeitsleistung in persönlicher Abhängigkeit ist. »Persönlich abhängig« wird in der Regel als eine relativ enge Bindung an Weisungen der ArbeitgeberInnen gesehen. Aus diesem Grund sind, wie bereits beschrieben, die »freien« DienstnehmerInnen nicht durch AN-Begriff des Arbeitsverfassungsgesetzes erfasst.

Dieser Problematik begegnet der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) mit der Forderung nach einer Neudefinition des ArbeitnehmerInnenbegriffs, die beispielsweise in dem

im Sommer 2009 verabschiedeten Grundsatzprogramm des ÖGB zu finden ist. Dort wird die »Erweiterung des ArbeitnehmerInnenbegriffs, der nicht nur auf die persönliche, sondern auch auf die wirtschaftliche Abhängigkeit Bezug nimmt«²³ gefordert. Das hauptausschlaggebende Kriterium zur Subsumtion unter den Terminus »ArbeitnehmerIn« im ArbVG und die daran geknüpfte rechtliche Stellung sollte zukünftig also auch die wirtschaftliche Abhängigkeit sein. Dies würde die Stellung der freien DienstnehmerInnen entscheidend verbessern.

Weiters könnte auch für die arbeitnehmerInnenähnlichen Personen der HeimarbeiterInnen neue Möglichkeiten zur Absicherung entstehen, wenn eine Novellierung den § 1 Abs 2 des ArbVG betreffen würde, der diese Personengruppe bislang von Instrumenten kollektiver Rechtsgestaltung weitestgehend ausschließt.

Koordinierte und solidarische Kollektivvertragspolitik

Die Kollektivvertragsfreiheit, also die beschriebene Abschlussfreiheit zwischen ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenvertretung, stellt seit jeher eine zentrale Herausforderung für die ArbeitnehmerInnenvertretung dar, sofern der Abschlusswille der ArbeitgeberInnen nicht vorhanden ist. Ob und wie Berufsgruppen, mit keinem oder veraltetem Kollektivvertragsschutz, in das System kollektiver Rechtsgestaltung inkludiert werden können, muss trotz einer Abdeckungsrate von knapp 95 % diskutiert werden. Ob dies durch eine koordinierte und solidarische Kollektivvertragspolitik, durch die Vereinfachung des Procederes zur Erlassung einer Satzung, durch einen Generalkollektivvertrag – der zumindest einige der erwähnten Gruppen treffen würde – oder durch vermehrten Druck durch verstärkte Organisation der MitarbeiterInnen in der betroffenen Branche kommen wird, wird sich allerdings noch zeigen. 

MANUELA HIESMAIR ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz.
MARTIN GRUBER studiert Rechtswissenschaften an der Johannes Kepler Universität Linz.



Prekarisierte Wissenschaft

HOCHSCHULPOLITIK Die Uni-Proteste machen die Krise des tertiären Bildungssektors immer deutlicher. Opfer verfehlter Hochschulpolitik sind nicht nur die Studierenden, sondern auch Lehrende. Thomas Schmidinger zeigt, dass die finanzielle Aushungerung österreichischer Universitäten nicht vor den Beschäftigungsverhältnissen eines Großteils der HochschullehrerInnen Halt gemacht hat.

In den letzten Jahren griff die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen zunehmend auch auf hochqualifizierte Arbeitskräfte über. Befristete Verträge, Teilzeitjobs, die wesentlich mehr Arbeit verlangen als sie bezahlen, und fehlende oder mangelhafte Arbeitsplätze, sind auch im Wissenschaftsbetrieb die Regel geworden. Mit dem UG 2002 und der 2004 in Kraft getretenen Ausgliederung aus der Bundesverwaltung ist die alte Universität mit ihren beamteten WissenschaftlerInnen tot. Prekäre Arbeitsverhältnisse, wie sie schon bisher für LektorInnen existiert hatten, greifen seither auf den neuen Mittelbau über.

Aus der von Politik und Rektoraten ersehnten Möglichkeit, beamtete WissenschaftlerInnen bei mangelnder Leistung wieder los werden zu können, wurde der Zwang, die eigenen Lehrenden und Forschenden nach einigen Jahren in die Wüste zu schicken. Langfristige Perspektiven für jüngere WissenschaftlerInnen sind selbst für international anerkannte ForscherInnen nicht mehr gegeben.

LEKTORINNEN

LektorInnen mussten auch vor dem UG 2002 mit Prekarität zurechtkommen. Sie sind zwar Angestellte von Universitäten, werden aber nur von Semester zu Semester für die jeweiligen Lehraufträge, die von ihnen gehalten werden, bezahlt. In den 1960er-Jahren zur Überbrückung von Engpässen in der Lehre entstanden, bieten Lehraufträge für freie WissenschaftlerInnen durchaus den Vorteil in die universitäre Lehre eingebunden zu sein und den Kontakt zu den Universitäten nicht zu verlieren. Wenn eine ökonomische Absicherung außerhalb der Universität vorhanden ist, sind einzelne Lehraufträge durchaus will-

kommene Möglichkeiten außeruniversitär erworbenes Wissen an Universitäten zur Verfügung zu stellen.

Die inhaltliche Breite des Lehrangebotes wäre insbesondere in den Sozial- und Kulturwissenschaften ohne diese LektorInnen unvorstellbar. Eine Studie der *IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen* aus dem Jahr 2000 macht deutlich, wie stark die Inhalte außeruniversitärer Forschung durch die forschungsgeleitete Lehre von LektorInnen an die Universitäten einfließen. 48,6% der befragten LektorInnen gaben an, dass sich ihre Lehrinhalte stark mit ihren (Kern)Forschungsthemen decken. Weitere 42,6% erklärten »zumindest teilweise ihre zentralen Forschungsergebnisse in ihren Lehrveranstaltungen«¹ zu vermitteln.

Obwohl LektorInnen in einigen Studienrichtungen mehr als die Hälfte der Lehre abdecken, sind sie allerdings kaum in die universitären Strukturen eingebunden. Insgesamt gaben 40% der LektorInnen an, dass sie sich eher oder gar nicht als Teil ihres jeweiligen Instituts fühlen. Nur 12,5% fühlten sich ihrem Institut zugehörig.² Wenn von Seiten der jeweiligen Institute überhaupt Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, sind dies allenfalls Kopierkarten, Institutsschlüssel oder ein Postfach. Kaum irgendwo steht ein Schreibtisch zur Verfügung. In einigen Studienrichtungen müssen sogar Kopien für Studierende selbst bezahlt werden.³

LektorInnen haben aber nicht nur keine Büros und an den meisten Instituten keinerlei Räumlichkeiten, sondern im Gegensatz zum anderen wissenschaftlichen Universitätspersonal auch keinen Zugang zu universitärer Unterstützung beim

1) Interessensgemeinschaft Externer LektorInnen und Freier WissenschaftlerInnen: Endbericht des Forschungsprojekts »Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen«. Wien, 2000: 149, <http://www.ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Studien/ZwischenAutonomieundAusgrenzung.pdf>, 10.11.2009

2) Ebenda: 152

3) Eigene Befragung von externen LektorInnen an unterschiedlichen Instituten an der Universität Wien, September 2009

4) Interessensgemeinschaft Externer LektorInnen und Freier WissenschaftlerInnen: Endbericht des Forschungsprojekts »Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen«. Wien, 2000: 153

5) Susanne Mann: Vergleich der Gehälter von LektorInnen, 26.3.2008

Besuch von internationalen wissenschaftlichen Konferenzen oder bei der Übersetzung wissenschaftlicher Arbeiten. Möglichkeiten sich an der Konzeption der Lehre oder der Weiterentwicklung einer Studienrichtung zu beteiligen, sind wenn überhaupt allenfalls auf informeller Ebene gegeben. Diese Verlagerung einer Institutseinbindung auf eine rein informelle Ebene, dürfte einer der Gründe sein, dass sich bezüglich des subjektiven Akzeptanzgefühls in der Studie der IG externer LektorInnen ein geschlechtsspezifischer Unterschied zeigt: »Männer fühlen sich wesentlich eher von ihrem Universitätsinstitut akzeptiert als Frauen. Während 30 Prozent der Lektorinnen und Forscherinnen erklären, sich sehr akzeptiert zu fühlen, sind es bei den männlichen Kollegen 38 Prozent.«

LektorInnen stellen eine intern stark diversifizierte Gruppe dar. Während es sich bei einem Teil der LektorInnen um junge NachwuchswissenschaftlerInnen handelt, unterrichtet ein anderer Teil seit vielen Jahren regelmäßig – die einen zwischen 2 und 4 Semesterwochenstunden, einige bis zur derzeit gültigen Obergrenze von 7,9 Semesterwochenstunden.

VIELE KATEGORIEN

An der größten Universität Österreichs, der Universität Wien, wurden LektorInnen bislang für einen Lehrauftrag mit zwei Semesterwochenstunden, knapp über der Geringfügigkeitsgrenze entlohnt – 2009 sind das 357,74 Euro brutto im Monat. Zwischen den Universitäten gab es jedoch enorme Unterschiede bei den LektorInnengehältern. Die Gehälter von LektorInnen wurden allerdings auch innerhalb der Universitäten differenziert.

Während es an einigen Universitäten nur eine Kategorie von LektorInnen gab, unterschieden anderen zwischen bis zu sieben verschiedenen Kategorien.⁵ An der Universität Innsbruck mit nur 900,- Euro Bruttogehalt (pro Semester) für eine Semesterwochenstunde lag die Bezahlung für einen zweistündigen Lehrauftrag bis zuletzt deutlich unter der Geringfügigkeitsgrenze, was dazu führte, dass die meisten Lektor-

Innen an dieser Universität bis zum Inkrafttreten des neuen Kollektivvertrags in diesem Semester nicht einmal angestellt wurden, also auch nicht sozialversichert waren.

Wie viele Stunden ein Lehrauftrag an realem Aufwand darstellt, wird in keiner der Universitäten für die Bezahlung berücksichtigt. Steigende Studierendenzahlen, die bei qualitativ ähnlicher Betreuung die Arbeitszeit für eine Lehrveranstaltung deutlich erhöhen, werden allenfalls durch sehr niedrige Prüfungstaxen abgegolten. Der erhöhte Betreuungs- und Vorbereitungs Aufwand für größere Gruppen wird damit jedoch nicht im Geringsten abgegolten.

VON EINEM PROJEKT ZUM NÄCHSTEN

Sind neben der Lehre andere langfristige finanzielle Absicherungen vorhanden, eine unbefristete Anstellung oder ausreichende Einkommen aus selbstständigen Tätigkeiten, bedeutet diese Situation zwar unbezahlte Mehrarbeit, aber noch keine Verelendungsgefahr. In technischen oder medizinischen Studienrichtungen oder an den juristischen Fakultäten sind viele LektorInnen außerhalb der Universitäten finanziell gut abgesichert, in sozial- und kulturwissenschaftlichen Studienrichtungen sind die Möglichkeiten außeruniversitärer Forschung und Anstellung hingegen äußerst begrenzt.

In diesen Studienrichtungen muss sich die überwiegende Mehrheit der LektorInnen von einem Projekt zum nächsten hanteln. Viele sind gezwungen, immer wieder in fachfremden Jobs finanzielle Notlagen zu überbrücken. Die Situation von LektorInnen ist damit im Kontext einer generellen Liberalisierung des Arbeitsmarktes zu sehen, die auch außerhalb der Universitäten zunehmend zeitlich befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse erzeugt.

Trotzdem sind gerade für WissenschaftlerInnen, die nicht in einem festen Anstellungsverhältnis mit einer außeruniversitären Forschungseinrichtung stehen, Lehraufträge von besonderer Bedeutung. Gerade angesichts der oft auch außeruniversi-

tär prekären Beschäftigungsverhältnisse und des Versuchs vieler LektorInnen und freien WissenschaftlerInnen sich von einem Stipendium und Projekt zum nächsten durchzukämpfen, stellt diese Krankenversicherung oft ein wichtiges Motiv dar trotz Unterbezahlung und Befristung der Beschäftigung auf jeweils ein Semester als LektorIn zu lehren. Für jene, die ihre Krankenversicherung über einen Lehrauftrag organisieren, stellt die mangelnde Planbarkeit von Lehraufträgen ein gravierendes Problem dar. Manchmal werden Lehraufträge sehr kurzfristig aus budgetären Gründen wieder entzogen, für die Betroffenen fällt damit auch die Sozialversicherung weg.

NEUER MITTELBAU

Von den beschriebenen Prekarisierungsprozessen sind jedoch nicht nur LektorInnen betroffen. Prekarisierung ist grundsätzlich ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der auch jene betrifft, die selbst noch nicht in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, aber durch deren bloße Existenz diszipliniert werden. Welche Arbeitsverhältnisse dabei konkret als »prekär« gelten, ist durchaus umstritten. Wissenschaftliche Vollzeitstellen an Universitäten sind mit Sicherheit – selbst wenn sie zeitlich befristet sind – nicht im engeren Sinne als prekär zu verstehen. Wenn zur zeitlichen Befristung aber noch eine Halbzzeitstellung kommt und die befristeten Jobs keine Möglichkeit zur Verlängerung bieten, dann sind auch diese Beschäftigungsverhältnisse zunehmend von Prekarisierung bedroht.

Waren vor dem UG 2002 weite Teile des Mittelbaus verbeamtet, also nicht nur auf Dauer angestellt, sondern sogar unkündbar, so wurde dieser »alte« Mittelbau mit der Liberalisierung der Universitäten zunehmend als Problem gesehen. Ihm wurde unterstellt, durch die dauerhafte Anstellung vielfach nichts mehr wissenschaftlich zu leisten. Die so genannte »Autonomie« der Universitäten, die durch das UG 2002 unter der damaligen Wissenschaftsministerin Elisabeth Gehringer umgesetzt wurde und die weitgehend den Charakter einer Auslagerung und privatwirtschaftlichen Führung, sowie der Entdemokratisierung der Universitäten hatte, ermöglichte hier

einen ideologisch motivierten Umbau der Beschäftigungsverhältnisse für den neuen Mittelbau. Thomas König, der jahrelang als Studierendenvertreter und im Graduiertenzentrum der sozialwissenschaftlichen Fakultät diesen Umbau der Universitäten von innen verfolgte, fasst die Haltung der damaligen Wissenschaftspolitik wie folgt zusammen:

»Unter den EntscheidungsträgerInnen hatte sich das Vorurteil breit gemacht, dass WissenschaftlerInnen, sobald sie eine solche Anstellung erhalten, unproduktiv würden. Vielmehr wäre der Arbeitsmarkt Universität zu liberalisieren, die Unis sollten also das Recht zur Definition der Anstellungsverhältnisse bekommen sowie die Möglichkeit, diese auch aufzulösen.«⁶

KETTENVERTRAGSREGELUNG

Der gesamte »neue Mittelbau«, also verschiedenen pre- und postdoc-Stellen, wurde so zu einer zeitlich befristeten Angestelltengruppe, die durch die so genannte »Kettenvertragsregelung« auch keine langfristige Verlängerung ihrer befristeten Anstellungen hatte. Ursprünglich zum Schutz der ArbeitnehmerInnen gedacht, führt die Handhabung der Kettenvertragsregelung durch die Universitäten derzeit dazu, dass die befristet Beschäftigten des Mittelbaus dazu gezwungen werden, nach Ablauf ihres Vertrags zu gehen – sei es ins Ausland, an eine andere Universität oder weg von der Wissenschaft in die Privatwirtschaft.

Unter demselben Problem leiden auch MitarbeiterInnen von drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten. An vielen Instituten kommt bei diesen noch verschärfend hinzu, dass ihnen die universitäre Unterstützung mit Infrastruktur nur formal zugesichert wurde, um ein Projekt bei Fördergebern wie dem FWF einreichen zu können. In der Realität verfügen Drittmittelangestellte an manchen Instituten nicht einmal über einen Arbeitsplatz, können einen solchen allerdings auch nicht bei ihren GeldgeberInnen einreichen, da sie ihn ja von der jeweiligen Universität zur Verfügung gestellt bekommen müssten.

6) Thomas König: Eclipse of Reason, Malmoe, Juni 2009, S. 24

7) § 26 (3) des Kollektivvertrags

8) Stellungnahme der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen zur bevorstehenden Umsetzung des Kollektivvertrags. <http://www.ig-elf.at/index.php?id=75>, 10.11. 2009

9) Stellungnahme der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen zur bevorstehenden Umsetzung des Kollektivvertrags. <http://www.ig-elf.at/index.php?id=75>, 10.11. 2009

10) Eigene Befragung von AktivistInnen der »Plattform Drittmittel-Personal« und der »Zukunft der Wissenschaft«.

EIN KOLLEKTIVVERTRAG FÜR DIE UNIVERSITÄTEN

Der mit diesem Semester in Kraft tretende Kollektivvertrag (KV) der österreichischen Universitäten bringt für die beschriebenen Gruppen sehr unterschiedliche Veränderungen mit sich. Grundsätzlich wird zwar von allen Beteiligten begrüßt, dass es zumindest endlich einen Kollektivvertrag gibt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass er nicht nur viele der in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, sondern in der Praxis sogar die Gefahr von Verschlechterungen für einige der prekarierten WissenschaftlerInnen mit sich bringen wird. Für die meisten LektorInnen bedeutet der Kollektivvertrag zunächst nur eine geringe Veränderung. Sie wurden in den letzten Verhandlungsrunden zwischen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und der Universitätenkonferenz zur Verhandlungsmasse.

Für sie tritt die im KV vorgesehene Gehaltserhöhung für langjährige LektorInnen erst nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren in Kraft, dafür konnten in letzter Minute noch Verbesserungen für die predoc-Stellen erzielt werden. Immerhin müssen nun aber alle LektorInnen angestellt werden – auch jene der Universität Innsbruck. Gefahren sieht die *IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen* jedoch im Bestreben, die bisherigen LektorInnen durch »Senior Lecturers«⁷ zu ersetzen: »Diese von der Universität Wien angestrebten »Senior Lecturers« haben nichts mit den gleichnamigen Positionen an amerikanischen oder britischen Universitäten zu tun. Dort ist es selbstverständlich, dass Senior Lecturers auch forschen, ihre Positionen sind eher mit den A.O. Professuren im deutschsprachigen Raum vergleichbar. Der »international klingende Name des neuen Lehrpersonals soll verschleiern, dass es sich dabei um bloße Lehrer handelt, die durch eine extreme Stunden- und Studierendenüberlastung von 13 bis 16 Semesterwochenstunden, an Forschung gehindert werden.«⁸

Der Kollektivvertrag selbst lässt an einigen entscheidenden Punkten Fragen offen, die in so genannten Betriebsvereinbarungen geklärt werden müssen und an den jeweiligen

Universitäten zu unterschiedlichen Regelungen im Detail führen. Eine Vielzahl dieser Betriebsvereinbarungen, die zwischen den Betriebsräten und den Universitäten ausgehandelt werden müssen, ist noch immer nicht beschlossen. So tritt zwar der Kollektivvertrag mit dem laufenden Herbstsemester 2009/2010 in Kraft, viele in den Betriebsvereinbarungen festzulegende Details jedoch noch nicht.

Die *IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen* richtete im Zusammenhang mit dem Kollektivvertrag acht Forderungen an die Universität Wien, die u. a. die Beibehaltung der Einheit von Forschung und Lehre, durch eine Höchstzahl von acht Wochenstunden für Senior Lecturers beinhalteten. Weiters wurde eine Aufstockung der Gehälter und längerfristige Verträge für LektorInnen verlangt.⁹ Bislang blieben diese Forderungen unbeantwortet.

Große Unzufriedenheit mit dem Kollektivvertrag zeigten jedoch auch andere betroffene Gruppen, insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen auf predoc-Stellen und das Drittmittel-Personal. Im Laufe des Studienjahres 2008/2009 organisierten sich beide Gruppen zunehmend um ihre eigenen Interessen zu vertreten. Die Verhandlung des Kollektivvertrages und das Gefühl, von Seiten der Gewerkschaft und des Betriebsrates nicht ausreichend vertreten zu werden¹⁰ bildeten ein zentrales Motiv für mehrere AktivistInnengruppen sich selbst zu organisieren. So fanden sich bereits im Herbst 2008 über so genannte Drittmittel finanzierte ProjektmitarbeiterInnen in der »Plattform Drittmittel-Personal« zusammen. Im Sommersemester traten schließlich NachwuchswissenschaftlerInnen überwiegend auf so genannten S1- und S2- Stellen unter dem Namen »Initiative Zukunft der Wissenschaft« an die Öffentlichkeit.

Die Befürchtung der Initiative Zukunft der Wissenschaft, wonach etwa den zukünftigen predoc-Stellen nur noch ein Teil der Arbeitszeit zum Verfassen ihrer Dissertation zur Verfügung stehen werde, hat sich etwa an der Universität Wien dahinge-

11) Praedoc-Arbeitsvertrag der Universität Wien: 10.4.2009

12) http://www.ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Resolutionen/Aufruf_Bildungsaktionstag_20091117.pdf, 17.11.2009

hend bewahrheitet, als neue »pre-doc« B1-Stellen nicht mehr als Vollzeitstellen ausgeschrieben werden, sondern nur noch als 30-Stunden-Stellen. Statt bisher 40 Stunden, davon 20 für die Erbringung eigener wissenschaftlicher Leistungen, also etwa der Dissertation, sind es nun 30 Stunden mit 10 Stunden für die Erbringung eigener wissenschaftlicher Leistungen.

Die Folge davon ist, dass die theoretische Lohnerhöhung durch den Kollektivvertrag zu keiner faktischen Lohnerhöhung für die einzelnen MitarbeiterInnen wird. Löhne und Kosten für die Universitäten stagnieren. Ein Teil der wissenschaftlichen Arbeit wird allerdings in die Freizeit verlagert. Zudem fanden sich in den mit Beginn dieses Semesters von der Universität Wien ausgegebenen neuen Verträgen für Praedoc-Stellen Mehrarbeitsverpflichtungen ohne Abgeltung, die Möglichkeit für Nebenbeschäftigungsverbote – obwohl es sich teilweise um Teilzeitstellen handelt – und eine Klausel die der Universität Wien »sämtliche Eigentums- und Immaterialgüterrechte« einräumt und ihr »falls eine Vollrechtsübertragung rechtlich nicht möglich ist, zeitlich, räumlich und sachlich unbeschränkte ausschließliche und unwiderrufbare Nutzungsrechte«¹¹ sicherstellt.

SQUATTING TEACHERS

Die Organisationsversuche des neuen Mittelbaus, der LektorInnen und der Drittmittelangestellten, die sich mit Beginn des Wintersemesters 2009/2010 zunehmend vernetzten, bildeten die Basis für die Beteiligung der Lehrenden an der gegenwärtigen Protestbewegung. Die *IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen* solidarisierte sich bereits nach der ersten Nacht der Audimax-Besetzung mit den Protestierenden und forderte den Abzug der die Universität umstellenden Polizeikräfte. Wenige Tage später lud sie zu einem Lehrendentreffen ein, an dem ca. 150 Lehrende und Forschende an den Universitäten teilnahmen, überwiegend LektorInnen, Drittmittelangestellte und neuer Mittelbau. Daraus entwickelte sich eine regelmäßig tagende Lehrenden- und Forschendenversammlung, die von einem rotierenden Organisationsteam vorbereitet und mode-

riert wird und aus der sich eine Vielzahl von Protestaktivitäten von Lehrenden und Forschenden, wie etwa die Squatting Teachers entwickelt haben, die offene und kritische Lehre im Rahmen der Uni-Besetzungen durchführen.


Auch die Lehrenden versuchen sich dabei in ihren Organisationsformen an den basisdemokratischen Formen der Studierenden zu orientieren. Ein gemeinsamer Forderungskatalog wurde entwickelt, der nicht nur in die Bildungsdebatte eingebracht wird, sondern auch weiterentwickelt wird.

Die Forderung der Lehrenden und Forschenden umfassen konkrete arbeitsrechtliche Forderungen. So lautet etwa § 7 des Forderungskataloges derzeit:

»Wir fordern neue Formen finanzieller Absicherung für alle! Die existentielle Situation des akademischen Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses ist beispielhaft für gegenwärtige prekäre Arbeitsbedingungen. Die kurzfristige und ungesicherte Vergabe von Semesterverträgen für LektorInnen bedroht die Existenz der Lehrenden wie die Lehre selbst. Die immer zwingendere Selbstfinanzierung des eigenen Arbeitsplatzes durch Drittmittel führt zu immensen zusätzlichen Belastungen. Wissenschaftliches sowie nicht-wissenschaftliches Personal leistet in diesen Kontexten unter hohem Zeitdruck ein untragbares Ausmaß an unbezahlter Arbeit.

Wir fordern langfristige Verträge mit Aussicht auf Verlängerung, fixe Arbeitsplätze und Versammlungsräume für alle Lehrenden und Forschenden. Wir fordern fixe Arbeitsplätze und angemessene Entlohnung für Lektorinnen, Lektoren und Forschende in Drittmittelprojekten. Die Qualität der Lehre ist durch prekäre Arbeitsverhältnisse nicht zu gewährleisten. Im Sinne des Erhalts der Einheit von Forschung und Lehre sowie der Vielfalt an Lehrinhalten und Forschungsansätzen fordern wir, dass Senior Lecturers ausschließlich als Ergänzung des augenblicklichen Lehrangebots eingeführt werden – keinesfalls dürfen sie die derzeit tätigen Lektorinnen und Lektoren er-

setzen. Die Flexibilisierung wissenschaftlicher Arbeitsmärkte ist symptomatisch für allgemeine Tendenzen am Arbeitsmarkt, die immer mehr Menschen immer weniger kontinuierliche, finanzielle Absicherung bieten. Wir fordern daher eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen und einen allgemeinen Mindestlohn als Möglichkeiten kontinuierlicher, finanzieller Absicherung statt prekarisierter Arbeitsmärkte.«¹²

Der Forderungskatalog enthält aber auch Forderungen zur Redemokratisierung der Universitäten, gegen Diskriminierungen und für einen emanzipatorischen Bildungsbegriff. Damit interveniert er auch in eine durch die Proteste der Studierenden losgelöste gesamtgesellschaftliche Bildungsdebatte. Die eigenen prekären Arbeitsverhältnisse werden damit im Kontext einer breiteren politischen und ökonomischen Entwicklung gesehen, der sich auch die Lehrenden und Forschenden entgegenstellen. 

THOMAS SCHMIDINGER

ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien mit Schwerpunkten zum Nahen Osten, zu Migration und politischem Islam. Er ist Präsident der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen.

Strukturelle Defizite in der Sozialdemokratie

SOZIALDEMOKRATIE Da der Zustrom an Texten unserer Leserinnen und Leser, die sich mit Problemen und Zukunftschancen unserer Bewegung auseinandersetzen, anhält, haben wir uns entschlossen, mit einer eigenen Rubrik den Raum für inhaltliche Diskussionen zu schaffen. In dieser Ausgabe geht Bernhard Bauer in seinem Beitrag mit inhaltlichen und personellen Defiziten streng ins Gericht und entwickelt Vorschläge für mehr Transparenz und Offenheit der Partei.

Die Schlappen der vergangenen Wahlgänge, welche die SPÖ zu erleiden hatte, kennt eine Vielzahl an Ursachen. Kernproblem der österreichischen Sozialdemokratie ist, dass sie nach ihren Erfolgen der vergangenen Jahrzehnte sukzessive in eine Orientierungslosigkeit abgeglitten ist, die mit einem personellen Abbau einhergeht.

Während ideell die Schranken geöffnet wurden, wo dies nicht hätte passieren dürfen, wie etwa bei der Aufnahme neoliberaler Positionen, hat sich die SPÖ gesellschaftlich und personell eingegelt. Der Abbau an qualifizierten Persönlichkeiten hat zu einem personellen und ideellen Protektionismus geführt, welcher nicht dem beabsichtigten Schutz der Sozialdemokratie dient, sondern ihrer Schwächung Vorschub leistet.

Um Inhalte erfolgreich umzusetzen, hat die Sozialdemokratie immer schon auf eine breite Anzahl an fähigen Vertrauenspersonen aufgebaut, die mit ihrer Kraft den gesellschaftlichen Veränderungsprozess vorangetrieben haben. Um weiterhin auf dieser Kraft aufbauen zu können, Bedarf es jedoch dringend der Implementierung einer Personalentwicklung in unserer Bewegung. Im politischen Wettbewerb können wir nur dann unsere Positionen erfolgreich umsetzen, wenn wir dazu geeignete Leute haben.

Es bedarf erstens einer inhaltlichen Erneuerung und teilweisen Neuausrichtung der Positionen der Sozialdemokratie. In einem zweiten Schritt müssen diese Positionen richtig lobbyiert werden, um sie gesellschaftliche Realität werden zu lassen.

INHALTLICHE ERNEUERUNG

Die großen Forderungen der Sozialdemokraten aus der Aufbauzeit, sind heute weitestgehend gesellschaftliche und juristische Selbstverständlichkeiten. Einen Schandfleck stellt hier leider immer noch die bestenfalls zögerliche, faktische Gleichstellung von Frauen mit Männern dar. Dennoch war gesamt gesehen der Erfolg der Sozialdemokratie enorm.

Mittlerweile befindet sich die SPÖ bei allen Themen jeweils in der Defensivposition, in der einer Verschlechterung Einhalt geboten werden muss.

Teilweise haben wir jedoch auch falsche Schritte nach vorne gesetzt. Es wurde uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass das Kokettieren mit neoliberalen Ansätzen nicht zielführend ist und jetzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Recht mit Wahlniederlagen quittiert wird. Wir mögen die besseren Analytiker des Kapitalismus sein, die besten Kapitalisten werden jedoch immer die Konservativen sein. Hier sollten wir nicht konkurrieren. Letztendlich hat die Sozialdemokratie als Mitläufer den Neoliberalismus legitimiert, daher müssen wir wieder verstärkt auf eigene Konzeptionen bauen. Die Menschen wollen, dass man ihnen den Weg in eine alternative Zukunft zeigt und proaktiv an Probleme herangeht. Es braucht neue, glaubwürdige, eigene Ziele und daher auch die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms.

Einem Vorschlag von Anton Pelinka folgend wäre es beispielsweise möglich 2000 (Anm.: und seien es nur 500) internationale und nationale Experten einzuladen, um gemeinsam

mit der Basis medienwirksam über die Zukunft der Sozialdemokratie nachzudenken, ähnlich wie es vielleicht Bruno Kreisky getan hätte. Danach soll in einem außerordentlichen Parteitag das neue Parteiprogramm beschlossen und die Sozialdemokratie programmatisch fit für das 21. Jahrhundert gemacht werden. Bei der Erstellung des Programms wird es auch notwendig sein, nicht nur Positionen zu beziehen, sondern ganz klar alte und neue sozialdemokratische Werte herauszuarbeiten an denen sich unsere Politik orientiert.

Bei der Erarbeitung dieses Programms wäre es auf Grund des politischen Wettbewerbs mit den anderen Parteien an der Zeit, dass ein Stab an MitarbeiterInnen auch die politischen Gegenpositionen analysiert, ihre Kritik antizipiert und bei der Entwicklung der eigenen Konzepte dagegen vorbaut. Offensichtlich geschieht das jetzt noch nicht. Dies sollte jedoch in weiterer Folge auch Teil des Tagesgeschäfts werden.

Konkret wäre ebenfalls anzudenken, Positionen anderer Parteien, die wie beispielsweise der Klimaschutz längst in Begriff sind gesellschaftlicher Konsens zu werden, in die eigene Programmatik aufzunehmen, wo dies passend erscheint. Es wäre ein aufgelegter Elfmeter, dass die ArbeitnehmerInnenpartei SPÖ endlich den Ausbau von Green Jobs umsetzt und wir nebenbei noch eine Weltmarktführerschaft bei Zukunftstechnologien forcieren. Warum wird dies nicht schon längst politisch unterstützt?

DURCHSETZUNG DER INHALTE

Es ist gut und wichtig, sich sukzessive mit inhaltlichen Positionen auseinander zu setzen und herauszuarbeiten, welche politischen Ziele man erreichen möchte. Wenn man die Erbschaftssteuer als Beispiel nimmt, so stellt sich vor allem die SPÖ-nahe Wählerklientel der unteren und mittleren Einkommenschichten, die nicht oder kaum von einer Erbschaftssteuer betroffen wären, gegen eine Einführung. Hier herrscht der Gedanke vor, den Kindern etwas zu vererben, damit es ihnen einmal besser geht auch wenn man nicht wirklich etwas zu ver-

erben hat. Die Existenz leistungslosen Einkommens zu akzeptieren ist unmöglich für eine ArbeitnehmerInnenvertretung.

Daher wäre eine langfristige Lobbying- und Kommunikationsstrategie nötig, um die eigenen potenziellen Wählerschichten von der Sinnhaftigkeit der Einführung einer Erbschaftssteuer zu überzeugen. Die Gewerkschaft und die SPÖ sind vor allem auch Bildungsorganisationen, hier klafft jedoch eine gewaltige Bildungslücke, die gefüllt werden muss. In vielen anderen, wichtigen Bereichen muss auch erst langwierige Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Es reicht nicht länger, immer nur zu wollen und eine bestimmte Position zu vertreten. Ich vermisse mittel- und langfristige Lobbyingstrategien, um die Anliegen der SPÖ durchzusetzen.

PERSONALPOLITIK

Für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft unserer Bewegung sollte bei der Besetzung von Positionen vom (bürgerlich-aristokratischen) Geburtsrecht Abstand genommen werden und vermehrt qualifizierte AktivistInnen eingebunden werden. Jedoch auch Persönlichkeiten vom Rand und außerhalb der SPÖ müssen verstärkt in die Parteiarbeit und Mandate integriert werden. Dabei ist auf Mindestqualifikationen zu achten.

Dies wird nur unter größter Anstrengung möglich sein. Die personelle Besetzung von Personen, deren mangelnde persönliche oder fachliche Qualifikation und das damit einhergehende mangelhafte Arbeitsklima führen dazu, dass die fähigen Leute erst gar nicht auf den Gedanken kommen würden, für die Partei oder ein Kabinett zu arbeiten. Es kommt zu einer negativen Auslese an MitarbeiterInnen und der Abwärtsstrudel verstärkt sich. Es bleiben sukzessive die Subtalentierten und jene, die nicht in der Lage sind einen geraden Satz zu formulieren, der von der eingelernten Schallplattenspur abweicht. Dies ist besonders unangenehm bei Diskussionen mit politischen Gegnern, die rhetorisch und inhaltlich top vor-

bereitet sind und Fragen aufwerfen, die nach anderen als den eintrainierten Antworten verlangen.

Was die SPÖ-VertreterInnen im mittleren und oberen Bereich betrifft, so ist es keinesfalls allein mit Personalrochaden getan. Es darf nicht reflexartig nach einem Köpferollen gerufen werden. Diese Personalrochaden sind allerdings Teil des notwendigen Wandels. Wenn eine Aufgabe ungenügend erledigt wird, dann ist es fahrlässig zu erwarten, dass die entsprechenden VertreterInnen urplötzlich auf Knopfdruck das schaffen sollen, was sie vorher schon nicht realisieren konnten.

VERBESSERTE AUSBILDUNG

In den Jugendorganisationen herrscht ein Mangel an Managementwissen und Talent. Noch nie habe ich erkannt, dass interne Strategien zur Organisationsentwicklung klar formuliert, operativ verfolgt und die Zielerreichung überprüft wurde. Jugendarbeit muss Spaß machen! Sie bedeutet jedoch mit zunehmendem Alter auch Verantwortung und nicht nur die Bildung eines Freundeskreises. Der Weg bei der Jugendarbeit ist nämlich keinesfalls das Ziel, sondern bestenfalls ein Teilziel zur politischen und persönlichen Entwicklung.

Es wäre daher einerseits essenziell für den Erfolg der Jugendorganisationen, wenn dort professioneller gearbeitet würde und nicht nur »management by chaos« das vorherrschende System wäre.

Die Verantwortung ist jedoch nicht bei den Jungen zu suchen, die sich noch in ihrer politischen und persönlichen Entfaltungs- und Entwicklungsphase befinden, sondern es handelt sich um eine Bringschuld der Partei, sich verstärkt um professionellen Nachwuchs zu kümmern und ihn zu trainieren. Es muss verstärkt in die Ausbildung der Parteijugend investiert werden, damit diese ihre Jugendarbeit erfolgreicher durchführen und damit auch ihr volles Potenzial ausschöpfen kann. Dies kann zielgerichteter, zum Beispiel durch das Renner Institut erfolgen. Die »Akademie der Jugend« ist ein guter,

erster Ansatz. Viele Kurse sind jedoch nur für eine ausgewählte, selbstselektierte Elite innerhalb der Jugendorganisationen zugänglich und nicht für all jene, die sie bräuchten.

Im Jugendbereich sind Bildungsinvestitionen bekanntlich langfristige Investition in die Zukunft, handelt es sich bei vielen Aktivistinnen und Aktivisten um zukünftige Funktionärinnen und Funktionäre sowie Vertrauenspersonen. Für einen langfristigen Erfolg wird sich durchsetzen müssen, dass für die erfolgreiche Organisationsführung nicht nur nach Freundeskreisen bzw. Seilschaften aus Vorgängerorganisationen ausgewählt werden kann, sondern nach Managementfähigkeiten im NPO-Bereich.

Wenn es um die individuelle (Berufsaus-) Bildung der Jugend geht, so muss verstärkt Aufklärungsarbeit geleistet werden, was einerseits für das gesamte sozialdemokratische Netzwerk als auch für die Einzelpersonen selbst sinnvoll wäre. Es muss aufgeklärt werden, welche Studien eine sinnvolle Primärqualifikation darstellen und welche Studien eher als Zweistudien zu absolvieren sind. Manche Genossen studieren, manche kaufen sich im In- und Ausland teure Pseudoabschlüsse um imagemäßiges *signalling* zu betreiben und sich nicht wirklich qualifizieren zu müssen. Manche Inhalte würden in ein paar Semesterstunden an einer Wiener Universität besser vermittelt.

Doch viele im SPÖ-Umfeld entscheiden sich erfreulicherweise für ein ordentliches Universitätsstudium, war doch die Matura bestenfalls vor ein paar Jahren eine gute Sache. Heutzutage ist an die Stelle der Matura jedoch eine »große Matura« getreten, die aus den Studien Politikwissenschaften oder Kommunikationswissenschaften oder ähnlichen Studien besteht, die vom Arbeitsmarkt nicht oder kaum gesucht werden. Die »große Matura« reicht bisher noch, um in diversen SPÖ-nahen Strukturen unterzukommen, aber nicht im öffentlichen Bereich und auch nicht in der Wirtschaft. Sie bringt keinen Zusatznutzen für die Bewegung. Einerseits haben wir hier ei-

nen Angebotsüberschuss. Andererseits wird durch Studien, die es am Arbeitsmarkt deutlich schwieriger haben, die glaubhafte Vertretung individueller, politischer Positionen massiv erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht.

Dies soll nicht als Ökonomisierung der Bildung missverstanden werden, sondern als ein Standpunkt, der die Unabhängigkeit und Qualifikation der Vertrauenspersonen und somit die Kompetenz der Bewegung in jenen Bereichen stärken soll, wo aktueller Nachholbedarf im Netzwerk vorliegt. Es bedarf einer größeren Anzahl an AkademikerInnen aus dem sozialdemokratischen Netzwerk, die eine Ausbildung in Bereichen Wirtschaft und Technik aufweisen. Die ökonomische Unabhängigkeit durch diese bessere Ausbildung führt zur besseren Durchsetzbarkeit von politischen Positionen durch eine geringere Abhängigkeit und Erpressbarkeit vom Netzwerk. Damit würde die innerparteiliche Demokratie und der Pluralismus der Bewegung gestärkt.


PERSONELLE ÖFFNUNG

Besonders besorgniserregend ist die Abkapselung der SPÖ-Funktionäre und Funktionärinnen, um die letzten Buffetreste des aristokratischen Familienkreises zu schützen. Wie von FAS-Research gut dargestellt wird, hat sich ein aristokratischer Familienkreis gebildet, der sich selbst reproduziert und keine Offenheit nach außen aufzeigt. Geht man auf das Bürgermeisterfest, dann ergibt sich ein erstaunliches, soziologisches Schauspiel, nämlich wie sich Freundeskreise klumpenweise abkapseln.

Wenn man nicht zum persönlichen Gratulieren des Bürgermeisters hingehet, hätte man also keinen Grund auf ein Bürgermeisterfest zu gehen. Mit den üblichen Freunden kann man sich schließlich auch privat im Biergarten zusammensetzen. Die SPÖ kapselt sich gerne ab und öffnet sich nicht, niemand darf hereingelassen werden, ganz nach dem unausgesprochenen Motto: »Da könnte ja jeder kommen«. Genau das muss geändert werden!

Diese Öffnung muss genau in Richtung links-liberaler, intellektueller Kräfte gehen, welche sich am Rande unsere Netzwerke befinden. Sie wären Teil einer Erneuerung und Weiterentwicklung der Bewegung. Derzeit mangelt es an jenen Kräften stärker denn je. Nach außen vertreten wir, dass wir gegen Elitenbildung und Netzwerke sind, intern bilden sich jedoch immer Elitencluster. Diese Elitennetzwerke bilden einen Teil der Realität in absolut jeder SPÖ-nahen Organisation, aber auch in jeder anderen Organisation. Vielleicht sollten wir uns dieser Realität stellen, anstatt sie zu negieren, dann wären wir um einen Erkenntnisschritt weiter. Die Schlussfolgerung wäre sodann, dass wir eine AkademikerInnenorganisation mit einer Kultur aufbauen, welche die Organisation als lebendiges Netzwerk versteht.

Dieses Netzwerk hat koordiniert zu agieren und die NetzwerkteilnehmerInnen sollten sich untereinander fördern. In vielen zivilgesellschaftlichen, aber auch politischen Organisationen fördert sich hauptsächlich das Vorstandsteam selbst und spult ein oft mehr oder weniger sporadisches 0-8-15-Veranstaltungsprogramm ab, das die Mitglieder und die jeweilige Organisation bei der Stärkung und Förderung des Netzwerks nicht weiterbringt. Mitglieder werden nicht aktiv geworben und gefördert, sondern passiv in Datenbanken verwaltet.

Nur durch eine entsprechende inhaltliche Neuausrichtung und deren professionelle, konstante Vertretung und Durchsetzung können wir jene Persönlichkeiten anlocken, die wir zu Bewältigung des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses benötigen. Durch Anstrengungen in der Personalentwicklung müssen wir einer personellen Verbreiterung und einer verbesserten Ausbildung der Vertrauenspersonen Vorschub leisten und somit unser Potenzial voll ausschöpfen. Wieviel Potenzial lassen wir täglich brach liegen? 

BERNHARD BAUER

studiert Volkswirtschaft in Wien.



»NICHT WIE ICH WILL, SONDERN WIE DU WILLST«
© CARMEN BRUCIC, MEXIKO 2009
IMAGES COURTESY OF GALERIA HILARIO GALGUERA



»NICHT WIE ICH WILL, SONDERN WIE DU WILLST«
© CARMEN BRUCIC, MEXIKO 2009
IMAGES COURTESY OF GALERIA HILARIO GALGUERA

Gibt es noch Hoffnung für Amazonien? Teil 2

AMAZONIEN Friedrich Graf-Götz hat Brasilien und die Amazonasregion von Mitte Dezember 2008 bis Mitte Februar 2009 bereist. Fakten und Eindrücke hat er zu einer spannenden Reportage verarbeitet, deren zweiten Teil wir in dieser Ausgabe bringen. Der Autor beleuchtet den Aufstieg Brasiliens zur Wirtschaftsmacht, die damit verbundene Umweltzerstörung, die Rolle des Amazonas-Schutzes auf dem World Social Forum und die Politik der brasilianischen Regierung.

Dramatische Auswirkungen auf die Umwelt haben der Abbau von Bauxit und die Produktion von Aluminium. Diese Auswirkungen wurden eindringlich am Beispiel des Abbaugebietes am Rio Trombetas dokumentiert. Das Abbaugebiet, das das größte Bauxitvorkommen Brasiliens beherbergt, liegt im östlichen Teil des Regenwalds. Anfang der 70er Jahre begann dort die »Mineração Rio do Norte« mit dem Abbau von Bauxit. Das Gebiet auf dem sich der gigantische Tagebau erstreckt wächst Jahr für Jahr um 300 km². Die Bagger fressen sich immer weiter in den Urwald und zerstören die Landschaft und den Lebensraum von Pflanzen, Tieren und Menschen.

Weitere soziale und ökologische Nebenwirkungen hat die Aluminiumproduktion in Aluminiumfabriken, die im brasilianischen Bundesstaat Pará angesiedelt wurden. Eine davon, die Fabrik »Alumar« befindet sich in der Nähe von Sao Luis. Die Mehrheit an der »Alumar« gehört dem US-Konzerns Alcoa. Beteiligt sind weiters der brasilianische Konzern Abalco, die Shell-Tochterfirma Billiton und der kanadische Konzern Alcan Inc. Produziert werden jährlich 400 Millionen Tonnen Rohaluminium.

Nicht nur, dass bei der Herstellung von Aluminium giftiger Rotschlamm¹ anfällt, der in riesige künstliche Teiche gepumpt wird, die für die sensible Umwelt eine tickende Bombe darstellen. Auch der für den Produktionsprozess notwendige ungeheure Energiebedarf² führt zu Folgeproblemen, die die Umwelt schwer belasten. Zur Produktion des erforderlichen Stroms wurden im Urwald riesige Stauseen angelegt. Allein die beiden größten Stauseen im Amazonasbecken, der Tucui-

ruí- und der Balbinastausee, haben eine Fläche von über 5000 Quadratkilometer Regenwald ertränkt. Das entspricht etwa der doppelten Fläche Vorarlbergs.

Da der Regenwald vor der Flutung der Stauseen nicht abgeholzt wurde, gingen viele Pflanzen und Tierarten verloren. Die im Wasser gärende Biomasse bildete eine giftige Kloake. Die Folgen für die Ureinwohner waren unvorstellbar. In den ersten Monaten war das Wasser so giftig, dass es etwa noch 300 km unterhalb des Balbinastaudamms bei der Mündung des Uatuma in den Amazonas zu einem noch nie gekannten Fischsterben kam. Im Fluss selbst lebte schon lange vorher kein Fisch mehr, weil zur Flutung des Stausees eineinhalb Jahre lang die Schleusen geschlossen blieben. Der Uatuma unterhalb der Staumauer trocknete daher vollständig aus. Die Bewohner der Flussufer, die hauptsächlich vom Fischfang lebten, wurden so Ihrer Lebensgrundlage beraubt.

BRUTSTÄTTEN FÜR MOSKITOS

2007 hat die Regierung grünes Licht für den Jirau- und den Santo-Antonio-Staudamm am Rio Madeira gegeben. Die Wasserkraftwerke sollen 6.450 Megawatt Energie liefern und bis zum Jahre 2012 fertiggestellt sein. Aktuell plant die Regierung am Amazonasnebenfluss Xingu mit »Belo Monte« einen neuen Staudamm, der mit 11.200 Megawatt das drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt sein wird. 400 km² Regenwald und die Häuser von rund 15.000 Menschen werden überflutet. Dabei würde es jedoch voraussichtlich nicht bleiben. Experten meinen, dass sich Belo Monte wegen der saisonalen Schwankungen des Wasserzuflusses nur dann rechnen würde, wenn weitere Staustufen eingeplant werden. Nach dem Bau

- 1) Für jede Tonne Aluminium, die von Alumar produziert wird, entstehen 1,4 Tonnen giftiger Rotschlamm.
- 2) Mit dem Strom, der für die Erzeugung einer Coladose benötigt wird, könnte eine Glühbirne 40 Stunden lang brennen.
- 3) Igor Fuser: Infrastruktur im Dienste des Großkapitals. Abgedruckt in Lateinamerika Nachrichten, Ausgabe 414, Dezember 2008
- 4) Für die Bedienung seiner Auslandsschulen musste Brasilien im Jahre 2004 noch 54 Prozent seiner Exporterlöse aufwenden

der ersten Staustufe von Belo Monte jedenfalls wird während der Phase der Flutung der Xingu auf 140 Kilometern Länge austrocknen.

Auch hier werden die Fische verschwinden und die Tümpel werden zu Brutstätten für Moskitos, die Krankheiten wie Malaria verbreiten. Noch versuchen die Flussanrainer, Indios und Vertreter verschiedener NGO's mit Unterstützung des aus Österreich stammenden Bischofs Kräutler das Projekt zu verhindern. Der Damm ist jedoch fixer Bestandteil der Regierungspläne und Brasilien ist mittlerweile zur Finanzierung des Projekts nicht mehr in finanzieller Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern. Unbeeindruckt von allen Protesten konnte daher der Energieminister Edison Lobão das Projekt als »unumkehrbar« bezeichnen.

BAUXITVORKOMMEN

Warum die Regierung Lula an ihren Ausbauplänen festhält ist offensichtlich. Der multinationale Konzern Alcoa ist dabei, in Juruti – im Bundesstaat Pará – neue Bauxitminen zu erschließen, wo ein neues Vorkommen von 280 Millionen Tonnen gefunden wurde. Alcoa plant 350 Millionen US-Dollar in das Projekt zu investieren und möchte dafür jährlich sechs Millionen Tonnen Bauxit abbauen. Die Mine soll anfänglich die Aluminiumfabrik Alumar bei São Luis beliefern, an der ALCOA zu 35 Prozent beteiligt ist. Die Kapazität der Fabrik wurde wohl um 30 Prozent erweitert, aber es wird darüber nachgedacht, ab 2011 zusätzlich eine neue Fabrik zur Herstellung von Rohaluminium in Juruti in Betrieb zu nehmen. Diese Projekte erfordern Zusagen für weitere enorme Energielieferungen. Auch für das weitere Wirtschaftswachstum Brasiliens wird Strom benötigt. Daher wird der Staudamm trotz der Proteste von Eingeborenen und Umweltschützern wohl gebaut werden. Zu stark sind die Interessen der Lula-Regierung, in einer globalen Wirtschaft mitzumischen.

Der Amazonas ist nicht nur Lagerstätte von Bauxit. Auch viele andere für Industriestaaten wertvolle Rohstoffe wie

Mangan, Nickel, Tantal oder Kupfer lagern hier. Der Konzern Companhia Vale do Rio Doce (CVRD) etwa betreibt in der Bergbauregion Grande Carajás seit 2002 fünf Kupferminen, jährlich werden dort bis zu 690.000 Tonnen Kupfer abgebaut. Damit ist Brasilien, das bisher jährlich Kupfer für 300 Millionen Dollar importieren musste, in die Gruppe der fünf führenden Kupferproduzenten vorgestoßen.

AUF DEM WEG ZUR WIRTSCHAFTSNATION

Damit aber nicht genug. Mit der Gründung der »Initiative zur regionalen Infrastrukturintegration in Südamerika«(IIRSA) im Jahre 2000 stehen den südamerikanischen Regierungen 38 Milliarden Dollar von Seiten der interamerikanischen Entwicklungsbank zur Verfügung. Mit dem Geld sollen in einem Zeitraum von 20 Jahren 348 Projekte initiiert werden. Ziel der Initiative ist, Südamerika in den Bereichen Transport, Energie und Kommunikation in die Weltwirtschaft einzubinden und Exportgroßmacht von Agrarprodukten, Rohstoffen und Energie zu werden. Eine der wichtigsten Regionen dieses Entwicklungsprojekts ist Amazonien, über dessen neu auszubauende Verkehrsachsen, insbesondere der Verbindung des Atlantiks mit dem Ozean, Mineralien nach Europa sowie Fleisch und Holz zu den Märkten Asiens und Nordamerika transportiert werden sollen.³

Die Finanzierung vieler Projekte kann Brasilien jedoch mittlerweile auch aus eigener Kraft durchführen. Das Land, das vor sechs Jahren noch schwer unter Schuldenlast ausländischer Geldgeber stand, befindet sich heute, also in einer Zeit, in der andere Volkswirtschaften unter der Finanzkrise leiden, in einer Phase anhaltenden Wachstums. Nach der Tilgung seiner exorbitant hohen Auslandsschulden⁴ stieg das Land sogar in die Riege der Gläubigerstaaten auf. Im August 2009 kündigte der brasilianische Finanzminister Guido Mantega an, bis zu zehn Milliarden Dollar in Schuldscheine des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu investieren. Zu Hilfe kam der brasilianischen Regierung wohl der bis 2008 anhaltende starke Preisanstieg von Rohstoffen.

Brasilien ist es also entgegen allen Voraussagen gelungen, seine Auslandsschulden überraschend schnell abzubauen und sich als aufstrebende Wirtschaftsnation neben China und Indien einzureihen. Wird diese Entwicklung die Vernichtung des brasilianischen Regenwalds stoppen, wo doch das Ziel der Tilgung der Auslandsschulden erreicht wurde und von den Auflagen des IWF unbeeinflusst, ein nachhaltiges, auf die sensible Natur und die Bevölkerung abgestimmtes Wirtschaften einsetzen könnte?

Wenn es nach der Regierung Lula geht, wird sich an der Amazonaspolitik Brasiliens nicht viel ändern. Das wurde auch beim Weltsozialforum 2009 in der Amazonasmetropole Belem demonstriert.

DER SCHUTZ AMAZONIENS

Das Weltsozialforum 2009 fand vom 27. Jänner bis 1. Februar 2009 statt und hatte den Schutz des Regenwalds und das Schicksal der dort ansässigen indigenen Völker zum Hauptthema. Ausschlaggebend für die Entscheidung, Belem zum Veranstaltungsort zu machen, war die weltweite Debatte über den Klimawandel. Zur Veranstaltung kamen trotz der schwierigen und teuren Anreise über 100.000 Menschen aus aller Welt, die große Mehrzahl aus Brasilien. Es beteiligten sich mehr als 5000 Organisationen, die zum einem großen Teil aktiv 2300 Veranstaltungen zu einer breiten Palette von Themen bestritten und auch viele kulturelle Angebote stellten.

An der Veranstaltung nahmen zwar viele Vertreter der indigenen Völker und Umweltschützer aus aller Welt teil, aber auch Vertreter der im Amazonas engagierten Konzerne, Funktionäre der Gewerkschaften und staatlicher Organisationen. Letztere waren sichtlich bemüht, das wirtschaftliche Treiben in der sensiblen Region des Amazonas schönzureden. Das geschah, indem etwa Metallgewerkschafter die Vorteile des Staudamm-Projekts von »Belo Monte« für die Bevölkerung priesen, oder Ingenieure des halbstaatlichen Mineralölunternehmens Petrobras die Umweltauflagen für die Ölforderung

im Amazonas aufzählten. Schon vor der Veranstaltung wurde kritisiert, dass die Organisatoren neben der staatlichen Unterstützung auch Gelder von Petrobras und den Banken Caixa und Banco do Brasil entgegennahmen, weil sich die Politik der staatseigenen Konzerne insbesondere im Amazonasgebiet nicht von der privater Konzerne unterscheidet.

Nicht von ungefähr stellten daher Kathrin Buhl, die Leiterin des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo, und Mariana Tamari die Frage: »Wie autonom und wie glaubwürdig ist ein Forum, das sich just von denjenigen Akteuren finanzieren lässt, die maßgeblich an Klimaveränderungen, an Umweltproblemen, an der Zerstörung des Amazonas, an der Verletzung der Rechte indigener Völker beteiligt sind?«⁵

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der schon 2002 kurz nach seiner Wahl erklärte, dass er die Amazonaspolitik während der Militärdiktatur in den Jahren 1964 bis 1985 ob ihrer guten Planung und Umsetzung bewundere, nutzte seine Anwesenheit bei einer Parallelveranstaltung während des Forums in Belem vor allem dazu, die westlichen Industriestaaten ob ihrer Verantwortung an der Finanzkrise anzuklagen. Auf das Schicksal von Amazonien angesprochen, rechtfertigte er die im Amazonas angesiedelten Großprojekte und behauptete, dass die 25 Millionen Bewohner Amazoniens kein Heiligtum wollten. »Sie wollen arbeiten und Zugang zu materiellen Dingen haben. Auf gar keinen Fall wollen sie, dass Amazonien ein Heiligtum der Menschheit wird.«

LULA VERBIETET SICH KRITIK

Auch verbat sich Lula indirekt zukünftig jegliche Kritik von ausländischen Besuchern an seiner den Amazonas betreffenden Umweltpolitik. »Personen, die hierher kommen, um Brasilien zu besuchen, sollten eines wissen: sie kümmern sich um ihre Dinge und Brasilien kümmert sich um die seinigen«, ereiferte sich der ehemalige Gewerkschaftsführer.⁶ Lula weiß sich mit diesen Aussagen eins mit der großen Mehrzahl der Brasilianer, für die die Natur lästig und der Amazonas ausschließlich bedrohlich ist.

5) www.weltsozialforum.org/news.wsf.2009.129

6) <http://brasilblog.net/politik-wirtschaft>

Auch in der gemeinsamen Schlusserklärung der Versammlung der beim Forum vertretenen sozialen Bewegungen spiegelt sich die starke Präsenz von regierungsfreundlichen Gewerkschaftern, Konzernvertretern und vom Staat abhängiger Organisationen wieder. Sie fiel nämlich was Amazonien betrifft sehr zurückhaltend aus. Die Erklärung steht – aufgrund des zeitlichen Zusammenhangs nachvollziehbar – ganz unter dem Eindruck der grassierenden Finanzkrise und gipfelt in einer allgemeinen Kritik des kapitalistischen Systems.

In weiteren Passagen wird der Kampf der Massen zur Überwindung von Unterdrückung und Ausbeutung beschworen, aber auf das eigentliche Thema der Veranstaltung wurde nicht näher eingegangen. Allein in zwei kurzen Passagen wird dazu aufgefordert, soziale Bedürfnisse und die Rechte der Natur zu achten, sowie die aktive Teilhabe und den Beitrag der indigenen Völker anzuerkennen.

Nun sind Abschlusserklärungen bei Weltsozialforen angesichts der großen und unterschiedlichen Teilnehmerschaft schwierig. Im Vordergrund standen wie immer beim WSF die Begegnung, der Austausch und die Koordinierung allfälliger Aktionen. Und in diesem Zusammenhang wurde in den Veranstaltungen und Workshops des WSF die Amazonaspolitik der Regierung von vielen Wissenschaftlern und NGO-Vertretern oft genug massiv kritisiert.

Es ist auch die brasilianische und internationale Zivilgesellschaft, die das Treiben in den südamerikanischen Regenwäldern am offensten und hartnäckigsten aufzeigt und viele recht wirkungsvolle Initiativen setzt.

Großen Anteil am Stärkerwerden der Zivilgesellschaft hat das seit 1990 bestehende, mit internationalen Mitteln unterstützte Pilotprogramm PPG-7. Das Programm ist unter dem Eindruck der Ermordung von Chico Mendes auf Initiative der deutschen Bundesregierung auf einem G-7 Gipfel beschlossen worden und soll zur Erhaltung des brasilianischen

Regenwalds beitragen. Seine Programmlinien sehen vor, die Landesumweltbehörden zu stärken, Flächennutzungskonzepte für kritische Zonen zu entwickeln, Sammelreservate für traditionelle Waldnutzer wie die Kautschukzapfer einzurichten, nachhaltige Bewirtschaftungsformen zu fördern, Indianergebiete zu demarkieren sowie Forschungseinrichtungen und Demonstrationsprojekte zu unterstützen.

Das Gros des Geldes wird zwar für umweltpolitische Maßnahmen der Regierung aufgewendet, das geschieht aber unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, die dafür mit der Grupo de Trabalho Amazonico (GTA) eine spezielle Partizipationsstruktur gebildet hat. Trotz aller Kritik, wird allgemein anerkannt, dass das PPG-7 Programm dazu beigetragen hat, die sozialen Bewegungen in Amazonien zu stärken und viele der Bevölkerung zugute kommende, nachhaltige Projekte ins Leben zu rufen.

Auch große international tätige Umweltschutzorganisationen sind in Amazonien engagiert. Der World Wide Life Fond (WWF) etwa, der in enger Kooperation mit dem brasilianischen Umweltministerium steht, hat vor kurzem eine Studie vorgestellt, in der vorgeschlagen wird, für die Produktion von Biotreibstoff, die bereits jetzt zu zwei Dritteln für die Abholzung des Regenwalds verantwortlich ist, degradierte, ungenutzte Landwirtschaftsflächen heranzuziehen. Nach den Untersuchungen des WWF gibt es in Brasilien bereits jetzt ausreichend entwaldete Flächen, die als Agrarflächen genutzt werden können.

Für die Amazonasregion selbst fordert der WWF eine Ausweitung der Schutzgebiete. Die Vieh- und Plantagenwirtschaft dürfe nicht weiter zu Lasten des Regenwalds ausgeweitet werden. Auf zerstörerische Groß- und Infrastrukturprojekte müsse verzichtet werden. Beim Erhalt der Wälder müsse die internationale Staatengemeinschaft die Amazonasstaaten unterstützen. Gleichzeitig müssten die Industrieländer selbst beim Klimaschutz vorangehen, sowie ein Nachfolgeabkom-

men für die Zeit nach 2012 auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls vorantreiben. Wichtig sei, dass darin der Erhalt von Wäldern als Beitrag zum Klimaschutz anerkannt werde.

Greenpeace wiederum hat in einer kürzlich durchgeführten Kampagne versucht, den Druck der Konsumenten zu mobilisieren, indem darauf hingewiesen wird, dass europäische Supermarktketten wie Aldi, Lidl und Makro Rindfleisch aus Amazonien verkaufen, das von »illegalen« Farmen der Amazonasregion stammt. Bei der Fabrikation von Ledersitzen für Autos durch die US-Firma Ottawa Eagle, einem Zulieferer von BMW, komme Leder von Amazonasrindern zum Einsatz, ebenso bei der Sportschuhproduktion für große Markenfirmen wie Adidas, Reebok oder Nike in Asien ...⁷ In den sieben Amazonas-Bundesstaaten weidet bereits ein Drittel der rund 200 Millionen brasilianischen Rinder – und der Anteil steigt: Während im letzten Jahrzehnt der Viehbestand in Brasilien im allgemeinen um 24 Prozent zunahm, stieg er in Amazonien um 72 Prozent.

Die Zivilgesellschaft gewinnt in Brasilien zunehmend an Bedeutung und hat durch die kürzlich erfolgte Ankündigung von Marina Silva, als Präsidentschaftskandidatin für die Grünen zu kandidieren, eine neue und zugkräftige Symbolfigur gefunden. Anfang 2008 rechnete sie die englische Tageszeitung »Guardian« noch zu den Menschen, die dabei helfen könnten, »den Planeten zu retten«. Umweltschützer hoffen, dass im kommenden Wahlkampf mit der Kandidatur Marina Silvas zentrale Fragen der Amazonaspolitik zur Sprache kommen und die Umweltpolitik einen größeren Stellenwert erhält.

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hingegen, der seit 2003 mit einer breiten Koalition regiert, die weit ins konservative Lager hineinreicht, möchte mit Zugeständnissen an die Agrarlobby seiner Wunschkandidatin Dilma Rousseff nächstes Jahr zum Wahlsieg verhelfen. Zu diesem Zweck hat seine Regierung im Juni dieses Jahres ein neues Gesetz geschaffen, das die Privatisierung von 674.000 Quadratkilometern Regenwald

erlaubt. »Für bis Ende 2004 illegal besetzte Ländereien, die zusammen fast der doppelten Fläche Deutschlands entsprechen, kann der Staat nun Besitztitel ausstellen. Damit, so die offizielle Begründung, sollen die Landkonflikte in Amazonien entschärft und die Bestrafung von Umweltsündern erleichtert werden.«⁸

WACHSTUMSBEFÜRWORDER

Kritiker wenden dagegen ein, dass das Gesetz Landraub und Spekulation belohne und die weitere Kolonisierung und Entwaldung Amazoniens fördere. Dilma Rousseff gilt wie Lula als Wachstumsbefürworterin. Sie hatte die Leitung des Energie- und Bergbauministeriums inne und ist seit 2002 einflussreiche Kabinettschefin der Regierung Lula. Gemeinsam mit Lula – und das ist wohl der Beginn ihres Wahlkampfes – versprach sie den Brasilianern Anfang September 2009 durch die Ausbeute der riesigen Ölfunde, die vor zwei Jahren im Atlantik gemacht wurden, Arbeitsplätze und Wohlstand. Versprechungen, die auch bei allen Großprojekten in Amazonien gemacht wurden. Bisher wartet die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten allerdings vergeblich auf ihre Einlösung.

Der Druck zur Änderung der brasilianischen Amazonaspolitik kann sich jedoch im kommenden Wahlkampf verstärken. Die Hoffnung dazu gründet nicht nur auf Marina Silva und die erstarkte brasilianische Zivilgesellschaft, sondern auch auf der Wendung in der Klimapolitik der USA. US-Präsident Barack Obama will die Treibhausgase in seinem Land bis 2020 auf den Stand von 1990 zurückzufahren und sich anders als die Regierung Bush dem Kyoto-Protokoll anschließen.

Es ist anzunehmen, dass unter dieser Konstellation bei der Neuverhandlung des Kyoto-Nachfolgeprotokolls im Dezember 2009 in Kopenhagen auch der Druck auf Brasilien zunimmt. Immerhin ist das Land aufgrund der Brandrodungen der viertgrößte CO₂-Emittent. Auch bei Weltbank und Weltwährungsfonds zeichnet sich ein Gesinnungswandel ab.

Vielleicht liegt es also nicht in allzu großer Ferne, dass der

7) Entnommen einem Bericht der Berliner taz vom 2.6.2009

8) Bericht von Gerhard Dilger, dem Südamerika-Korrespondenten der Berliner taz, vom 28.6.2009

Naturschutz auch in Brasilien soviel Gewicht erhält, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft nicht auf das PPG-2 Programm beschränkt bleibt, sondern ihre Mitsprache bei allen künftigen Infrastruktur- und Großprojekten in Amazonien institutionalisiert wird. Öffentliche Planung unter Berücksichtigung von Themen der Umwelt und der betroffenen Bevölkerung muss Standard werden.

Nachdem jedoch 80 Prozent der allgemein zur Verfügung stehenden Ressourcen von nur 20 Prozent der Weltbevölkerung in den Industrieländern verbraucht werden, wird wohl das Schicksal Amazoniens nicht nur in Brasilien, sondern vor allem auf der Nordhalbkugel entschieden.

Und wie Marina Silva noch in ihrer Amtszeit als Umweltministerin in einem Interview Ende 2007 argumentierte, ist der Klimawandel, der auf den Amazonas rückzuwirken beginnt, in der Hauptsache von den Industrieländern zu verantworten. Wenn diese Staaten ihre hohen CO₂-Emissionen nicht reduzieren, bedeutet das das Ende Amazoniens wie wir es heute kennen. Silva sieht es auch in der Verantwortung der Industriestaaten, durch finanzielle Leistungen zum Erhalt des Waldes beizutragen. Diese finanziellen Leistungen dürften aber nicht dazu führen, dass wie heute möglich, Länder mit hohen Emissionen zusätzliche Verschmutzungsrechte angerechnet bekommen.

Alles in allem ist es der hedonistische Lebensstil der reichen Nationen, der die Plünderung des südamerikanischen Regenwalds vorantreibt. Ein Lebensstil, der in der aktuellen Finanzkrise, in der wieder einmal demonstriert wurde, wie sehr Gier und Spekulation wirtschaftliches Handeln dominieren, in Frage stehen sollte.

Um abschließend auf die im Titel des Artikels gestellte Frage zurückzukommen: Neben aller Zerstörung gibt es viele positive Ansätze zum Schutz des tropischen Regenwalds, daher ist auch die Hoffnung für Amazonien aufrecht. Erfüllen wird

sich diese Hoffnung jedoch wohl erst, wenn der in unseren postkolonialen Beziehungen mit den Ländern Amazoniens aufrechte Mythos von den Schätzen Eldorados einer Verantwortung für die Zukunft unseres Planeten weicht.



FRIEDRICH GRAF-GÖTZ

ist Mitarbeiter des Renner-Instituts, Universitätslektor und freiberuflich in der Erwachsenenbildung tätig.

Der erste Teil der ausführlichen Reportage ist im November-Heft der Zukunft erschienen und kann unter www.diezukunft.at bestellt oder auch online gelesen werden.



»NICHT WIE ICH WILL, SONDERN WIE DU WILLST« © CARMEN BRUCIC, MEXIKO 2009, IMAGES COURTESY OF GALERIA HILIRIO GALGUERA



Marx, unser Ego & der Süden



Elisabeth Horvath
HEINZ FISCHER

Seine hohe Beliebtheit ist ungebrochen. Er ist unprätentiös, seriös und ernsthaft; seine Frau Margit Fischer ebenso. Sie machen ihre Arbeit gut, sagen junge wie ältere Menschen gleichermaßen. Elisabeth Horvath, hochkarätige politische Journalistin, schildert anhand vieler Gespräche, die sie mit Heinz Fischer sowie mit Weggefährten, Mitstreitern und Kontrahenten geführt hat, sein Leben und seinen politischen Werdegang. *Kremayr & Scheriau/Orac, 272 Seiten, 23 Euro*



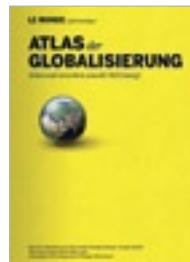
Dieter Richter
DER SÜDEN

Der Süden kann eiskalt sein (am Südpol), dann wieder sehr exotisch, und zuweilen ist er eine dekadente Region der Lüste und Laster: Dieter Richter eröffnet in seiner Geschichte einer Himmelsrichtung eine Fülle höchst ungewöhnlicher Perspektiven. Aber natürlich reisen wir mit ihm auch über die Alpen in den sonnigen Süden der Italiensehnsucht. Dieser reich bebilderte Band erfüllt unseren Traum vom Süden! *Wagenbach, 218 Seiten, 25,60 Euro*



Rolf Hosfeld
DIE GEISTER, DIE ER RIEF

Der Autor wirft einen neuen, unverstellten und kritischen Blick auf das unruhige Leben des Karl Marx. Aus der Biografie des widersprüchlichen Politikers und Revolutionärs leitet er das Werk ab: seine Irrtümer und Fehleinschätzungen ebenso wie seine teilweise bahnbrechenden Ideen. Hosfeld macht Marx' Leben zwischen Trier und London anschaulich und zugleich das komplexe Werk zugänglich. *Piper, 260 Seiten, 20,60 Euro*



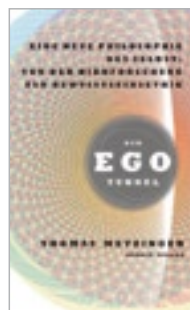
Le Monde diplomatique (Hg.)
ATLAS DER GLOBALISIERUNG

Der neueste Atlas der Globalisierung führt eine gründlich veränderte Welt vor Augen. Die Weltwirtschaft steckt in der tiefsten Krise seit 1945; die aufstrebenden BRIC-Länder – Brasilien, Russland, Indien, China – verschieben die Kräfteverhältnisse; und mit Barack Obama scheinen die Zeiten des unilateral agierenden amerikanischen Imperiums vorbei zu sein. *TAZ Verlag, 216 Seiten, 13,40 Euro*



Mark Leonard
WAS DENKT CHINA?

Während der Westen noch darüber nachdenkt, wie man auf den Aufstieg Chinas Einfluss nimmt, machen sich chinesische Intellektuelle Gedanken darüber, wie China mit dem Abstieg des Westens umgehen soll. Während etwa aus manchen Ländern noch Entwicklungshilfe nach China fließt, stellen zahlreiche Entwicklungsländer fest, dass China längst eine Alternative zur Anpassung an den Westen ist. *dtv, 196 Seiten, 15,40 Euro*



Thomas Metzinger
DER EGO-TUNNEL

Die Erkenntnisse der Hirn- und Bewusstseinsforschung zeigen für den Autor, dass unser »Selbst« ein Konstrukt unseres Gehirns ist. Was bedeutet das für unser Menschenbild? Brauchen wir neben der Neuroethik eine Bewusstseinsethik? Wir stellen uns unser »Selbst« als etwas Eigenständiges vor, als einen Kern, der wir im Innersten sind. In seinem Buch zeigt Metzinger hingegen: Dieses »Selbst« existiert gar nicht. *Berlin Verlag, 378 Seiten, 26,80 Euro*

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße**
(1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Odessa, Nowrouz & New York



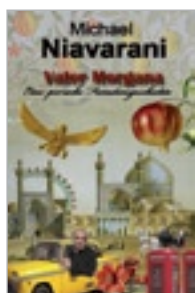
K. Raabe & M. Sznajderman (Hrsg.)
ODESSA TRANSFER

Was entsteht zwischen Constanza und Odessa, Jalta und Sotschi, Batumi und Istanbul, auf den Trümmern der Geschichte? In Essays, literarischen Reportagen und Erzählungen wird die Region sichtbar – als ein Raum, dessen Zauber und Zerstörtheit die poetische Einbildungskraft herausfordert. Mit Texten u. a. von Mircea Cartarescu, Karl-Markus Gauß, Katja Lange-Müller und einem Fotoessay von Andrzej Kramarz.
Suhrkamp, 258 Seiten, 27,60 Euro



Colum McCann
DIE GROSSE WELT

Am Morgen eines schönen Augustsommertags im Jahr 1974 starren die Passanten in Lower Manhattan ungläubig zu den Twin Towers hinauf. Fast einen halben Kilometer über ihnen läuft, springt und tanzt ein Hochseilartist – ein schwebender Moment von Freiheit und künstlerischem Triumph in einer Stadt des ewigen Überlebenskampfes. Colum McCann fängt die Atmosphäre New Yorks in dem mitreißenden Epos ein.
Rowohlt, 537 Seiten, 20,50 Euro



Michael Niavarani
VATER MORGANA

Es kann zu Verwicklungen kommen, wenn man versucht die deutsch-österreichisch-amerikanisch-schwedisch-britisch-persische Familie endlich einmal unter dem Christbaum zu versammeln oder »Nowrouz« – das persische Neujahrsfest zu Frühlingsbeginn – gemeinsam zu feiern. Einer der erfolgreichsten Kabarettisten Österreichs plaudert die Geheimnisse seiner Familie aus, die aber von diesem Buch nichts wissen darf.
Amalthea, 370 Seiten, 22,95 Euro



Nick Hornby
JULIET, NAKED

Hornbys neues Buch spielt wieder in der Welt der Rock- und Popmusik. Der ehemalige Rockstar Tucker Crowe, Jahrgang 1953, lebt völlig zurückgezogen in einer amerikanischen Kleinstadt und wird bald Großvater. Von der englischen Ostküste nach Amerika und wieder zurück führt die Geschichte, in der zwei einsame Menschen ihr altes Leben satt haben und einen neuen Anfang wagen.
Kiepenheuer & Witsch, 359 Seiten, 20,60 Euro



Jean-Marie Gustave Le Clézio
LIED VOM HUNGER

Der neue Roman des Literatur-Nobelpreisträgers 2008 bietet eines seiner schönsten Frauenporträts. Ethel Brun wächst zwischen den beiden Weltkriegen in Paris auf. Mittelpunkt der Familie Brun, die von der Insel Mauritius stammt, ist Ethels Vater Alexandre, ein schwadronierender Schönling. In einer klaren, poetischen Sprache entwirft Le Clézio das Bild einer unerschrockenen jungen Frau.
Kiepenheuer & Witsch, 217 Seiten, 19,50 Euro



Richard Stark
DAS GELD WAR SCHMUTZIG

Der Autor starb 2008 – nach »Fragen Sie den Papagei« und »Keiner rennt für immer« ist dies der nächste Thriller, der auf Deutsch erschienen ist und der den sehr coolen Berufsgauner Parker wieder in Hochform zeigt. Parker ist ein völliger Pragmatiker, der wenig spricht, sich kaum aus der Ruhe bringen lässt und genau weiß, was er will. Er geht über Leichen, aber das macht er nur dann, wenn er keinen anderen Ausweg hat.
Zsolnay, 253 Seiten, 17,40 Euro

Sozialstaat – wer zahlt? Und wer profitiert?


Die Konservativen, von Standard-Kolumnist Hans Rauscher bis Industriellenvereinigungs-Präsident Veit Sorger, sind sich einig: In unserem Sozialstaat trägt eine Minderheit von Besserverdienern die Steuerlast und muss eine Mehrheit von inaktiven Bevölkerungsgruppen durchfüttern. Die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht, auch weil die Leistungsanreize immer schlechter werden. Deshalb gilt es, den Sozialstaat zu redimensionieren. Die Wirtschaftskrise bietet dazu den besten Anlass.

Doch diese Sichtweise des Sozialstaates stimmt in dreifacher Hinsicht mit den empirischen Erkenntnissen der Wirtschaftsforschung – etwa in der jüngsten WIFO-Verteilungsstudie – nicht überein. Erstens ist offensichtlich, dass die Verteilung der Markteinkommen immer ungleicher wird. Die leistungslosen Vermögenseinkommen und die Einkommen der Spitzenverdiener – vor allem im Bankenbereich – wuchsen in den letzten Jahren besonders rasch. Hingegen blieben die Leistungseinkommen der unselbständig Beschäftigten weit hinter dem Anstieg des Volkseinkommens zurück, besonders jene von Frauen, nicht ausreichend Qualifizierten und Jugendlichen.

Zweitens sieht es unser Sozialstaat nicht als primäre Aufgabe, von reich zu arm umzuverteilen. Vielmehr bietet er eine Versicherung für Lebensphasen, in denen kein hohes Erwerbseinkommen bezogen werden kann. Der Sozialstaat verteilt Einkommen von den derzeit Beschäftigten zu den Pensionisten, von den Beschäftigten zu den Arbeitslosen, von den Gesunden zu den Kranken, von den Haushalten ohne Kinder zu jenen mit Kindern. Dadurch profitieren alle Bewohner und Bewohnerinnen vom Sozialstaat, aber eben zu unterschiedlichen Zeitpunkten während ihres Lebens. Als Folge der beschriebenen horizontalen Verteilungswirkungen entstehen auch vertikal Verteilungseffekte – von oben nach unten: Die Gesundheits- und Bildungsleistungen, die Familienbeihilfen und Arbeitslosengelder machen zeitpunktbezogen gemessen

am Einkommen in den unteren Einkommensgruppen viel mehr aus als in den oberen.

Drittens wirken auch die staatlichen Abgaben ganz anders als von den Konservativen vermutet. Siebzig Prozent des Aufkommens an Einkommenssteuer kommen vom oberen Drittel der Haushalte. Gemessen am Einkommen leistet das obere Drittel 16,5 Prozent an Einkommensteuer, das oberste Zehntel sogar 21 Prozent. Hingegen macht die Lohnsteuer beim unteren Drittel nur 5 Prozent der Einkommen aus. Diese progressive Wirkung der Einkommensteuer wird allerdings durch die Sozialversicherungsbeiträge abgemildert. Sie belasten das untere und mittlere Drittel der Haushalte mit etwa 15 Prozent des Einkommens, das obere Drittel wegen der Höchstbeitragsgrundlage mit 14 Prozent. Und die Verbrauchssteuern treffen vor allem die unteren Einkommensgruppen, sie leisten 15 Prozent am Einkommen für Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer u. ä., das obere Drittel nur 9 Prozent. Summiert man über alle Staatseinnahmen, so zeigt sich, dass die unteren Einkommensgruppen gemessen am Einkommen in gleichem Ausmaß Abgaben leisten wie die oberen, nur eben ganz andere.

Die Studie berücksichtigte allerdings die rasch steigenden Vermögenseinkommen und deren geringe Besteuerung nicht. Bei Einbeziehung dieser Daten würde sich zeigen, dass Spitzenverdiener sogar weniger belastet sind als teilzeitbeschäftigte Alleinerzieherinnen. Und es wäre auch offensichtlich, dass die Leistungsanreize falsch gesetzt sind: Leistungseinkommen aus selbständiger und unselbständiger Arbeit werden stark mit Abgaben belastet, leistungslose Einkommen aus Vermögensbesitz kaum. Hier wäre ein notwendiger Ansatzpunkt für wirtschaftspolitisches Handeln, nicht bei der Zerschlagung des funktionierenden Sozialstaates. 

MARKUS MARTERBAUER

arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien

»Die Zukunft ist ein Nebel, der uns einhüllt, und kaum erkennen wir das Morgen, schmeckt es nach dem Heute.«

FERNANDO PESSOA



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden & einsenden an:
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

volkshilfe.

solidarität leben



PSK 90.175.000 BLZ 60000

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Spendenerlagschein
in allen Filialen von Bank Austria, BAWAG PSK und Post AG.

